Matthias Schartl
„Versammlung aufgelöst. B. verhaftet ohne Grund. Die Stimmung vortrefflich!"* —

Aspekte der sozialdemokratischen Emanzipationsbewegung am Beispiel der Reichtagswahlen 1872 bis 1890 in Flensburg.

In den Jahren 1868/69 erregten zum ersten Mal Sozialisten öffentliches Aufsehen in Flensburg. Zu einer förmlichen Vereinsgründung war es zwar noch nicht gekommen, jedoch veranstalteten einige Angehörige des lassalleanischen Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins[1] Versammlungen am Ort, die sogleich polizeilich überwacht, aber als *„nichtssagend und bedeutungslos"* eingeschätzt wurden.

„Mit Bezugnahme auf nebenbezeichnete Verfügung zeigte der Königlichen Regierung ich gehorsamst an, daß in hiesiger Stadt an einem jeden Montage regelmäßig Versammlungen des Allgemeinen deutschen Arbeitervereins stattfinden. Dieselben werden aber auf Anzeige des Polizeibeamten so wenig besucht (es pflegen kaum mehr wie ein Dutzend Arbeiter dort anwesend zu sein) und die Themen, welche dort besprochen werden, sind so nichtssagend und bedeutungslos, daß eine jedesmalige Überwachung durch Polizeibeamte kaum noch notwendig erscheinen dürfte. Indessen wird mit Rücksicht auf die in ... stattgehabten Vorgänge in Zukunft stets darauf geachtet werden, daß in jeder Versammlung ein Polizeibeamter anwesend ist." [2]

Über die weitere Entwicklung der sozialistischen Arbeiterbewegung in Flensburg, die vor allem durch auswärtige Handwerksgesellen in die Stadt gekommen war, gibt es bis zum Zeitpunkt 1872 keine weiteren Überlieferungen. Jedoch können wir davon ausgehen, daß die Ideen der Arbeiterbewegung nicht in Vergessenheit geraten waren, denn die königliche Regierung forderte im September 1871 auch die Flensburger Polizeibehörde dazu auf, die Sozialisten weiterhin zu beobachten und *„sich nicht durch Formen, welche lediglich gewählt sind, das gesetzliche Verbot zu umgehen, täuschen zu lassen."*[3]

Erst zur Reichstagsnachwahl 1872 im 2. schleswig-holsteinischen Reichstagswahlkreis Flensburg-Apenrade traten die Sozialisten des ADAV wieder vor Ort auf. Vorwiegend durch auswärtige Agitatoren wurde mit großer Anstrengung der Wahlkampf für den Kandidaten Wilhelm Hasenclever geführt, der auf Anhieb im Wahlkreis 995 Stimmen erhielt, davon allein 492 Stimmen in der Stadt Flensburg.

In einem Kommentar zum Wahlausgang bemerkten die Flensburger Nachrichten zwar, daß dieses Ergebnis die Arbeiter und ihre politischen Führer eigentlich enttäuschen müßte.

„Man kann sich freilich nicht darüber wundern, denn in unserem gesegneten Schleswig-Holstein ist bittere Armut, wie sie in Fabrik- und Gebirgsgegenden auftritt, gänzlich fremd, von Unterdrückung und Aussaugung des Arbeiters kann hier ebensowenig die Rede sein, als daß Staatshilfe nottut, um den Arbeiter vor dem Verhungern zu schützen."[4] Dies ist zunächst ein deutliches Zeichen dafür, wie sehr zu diesem Zeitpunkt von seiten des Flensburger Bürgertums und einem seiner maßgeblichen Meinungsführer die sozialistische Arbeiterbewegung noch verkannt wurde. Hierzu war jedoch kein Grund mehr vorhanden. Der Grundstock für die weitere Entwicklung in der Stadt war gelegt. Immerhin vertraten die Delegierten der ADAV-Parteitage 1872 und 1874 schon 199 bzw. 109 Mitglieder in

* Text eines Telegramms aus Flensburg an den „Neuen Sozialdemokrat", 29. 5. 1872 nach einer Versammlungsauflösung im Wahlkampf 1872, Zit.in: Dorrit Andersen, Die Gründung und die ersten Jahre der Flensburger Arbeiterbewegung 1868 bis 1878, in: Flensburg: 700 Jahre Stadt. Eine Festschrift zum 700 jährigen Stadtjubiläum, Flenburg 1984, S. 321-338.

[1] Schleswig-Holstein gilt als Hochburg des ADAV. Die Hatzfeld-Mende Gruppe wiederum hatte sich vom ADAV als LADAV (lassalleanischer allgemeiner deutscher Arbeiterverein) in den späteren sechziger Jahren abgespalten, da sie Streiks und Arbeitseinstellungen als Mittel des politischen Kampfes der Arbeiter schlichtweg ablehnte. Vgl. hierzu: Dieter Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung 1869 bis 1914. Ein Handbuch über ihre Organisation und Tätigkeit im Klassenkampf, Berlin 1976, bes. S. 84 ff.

[2] Brief des Königl.Landrats an die Regierung in Schleswig vom 9. 7. 1869; LAS 309, Nr. 12590. — Die Anfänge der sozialistischen Bewegung in Flensburg sind inzwischen gut dokumentiert durch: Hugo Hellwig, Der Anfang der politischen Arbeiterbewegung in Flensburg, Flensburg 1926; Dorrit Andersen, Die Gründung und die ersten Jahre der Flensburger Arbeiterbewegung 1868 bis 1878, in: Flensburg. 700 Jahre Stadt, hg. von der Stadt Flensburg, Band 1, S. 321-338, Flensburg 1984; auch bei Heinz-Volkmar Regling, Die Anfänge des Sozialismus in Schleswig-Holstein, Neumünster 1965, bes.S. 121 ff.

[3] Verfügung des Reg.Präs. von Bitter im September 1871, Zit. bei Hellwig, a. a.O. S. 16 f.

[4] Flensburger Nachrichten 123, 30. 5. 1872.

Flensburg.[5] So forderte denn auch die königliche Regierung nach dem erfolgreichen Abschneiden der sozialistischen Kandidaten bei den Wahlen 1871 (in Schleswig-Holstein 12,9% der Stimmen) und angesichts der überaus regen Agitationsarbeit 1872 nochmals ausdrücklich dazu auf, noch intensiver als bisher zu beobachten und, wenn nötig, mit aller Schärfe des Gesetzes einzuschreiten.[6]

Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Flensburgs zum Ende des 19. Jahrhunderts

Die Geschichte der politischen Arbeiterbewegung in Flensburg ist zu verstehen als ein politischer und sozialer Lernprozeß. Das spezifische Klasseninteresse der Mitglieder und Anhänger wurde ausgebildet in der Konfrontation mit den politischen und sozialen Gegenkräften, besonders in der Phase von 1860 bis 1890.[7] Maßgeblichen Anteil hieran hatten wandernde Handwerksgesellen, die auf ihren Wandertouren mit den Ideen der Arbeiterbewegung in Berührung gekommen waren und diese nun in die Städte und Gemeinden des Landes weitertrugen.

Ein (wenn auch nur bescheidenes) Echo fanden die ersten sozialistischen Aktivisten in Flensburg aufgrund der wirtschaftlichen und sozialen Krise im Gefolge der kriegerischen Auseinandersetzungen 1864 und 1866 und der damit verbundenen Umstellung des Flensburger Wirtschaftslebens auf den deutschen Wirtschaftsraum.[8]

„Im Winter 1867/68 muß eine furchtbare Not unter den Arbeitslosen geherrscht haben, denn es bildete sich ein Komitee, um eine Unterstützungsaktion für die Arbeitslosen in die Wege zu leiten. ... Daß sich unter diesen Verhältnissen einzelne unschuldig notleidende Arbeiter Gedanken über ihre Lage und über Mittel zu deren Verbesserung machten, liegt auf der Hand.“[9]

Die Umstellung des Wirtschaftslebens gelang erst im Gefolge des „Gründungsfiebers“ und der durch die französischen Reparationsleistungen angeheizten Wirtschaftskonjunktur. In zahlreichen Unternehmen wurden zuvor viele Arbeitskräfte entlassen. In der Tabakindustrie setzte z.B. nach 1864 ein rapider Rückgang ein, wodurch in den 20 Tabak- und Zigarrenfabriken über 400 Arbeitskräfte betroffen wurden. 1884 wurden in diesem Sektor kaum mehr als 40 Arbeiter beschäftigt.[10]

Im Juli 1872 wurde die Flensburger Schiffbaugesellschaft gegründet. *„Neue Produkte, moderne Herstellungsmethoden, andere Geschäftsauffassungen veränderten die Wirtschaftsstruktur der Stadt.“*[11] Viele Arbeiter wurden nun von den sich bietenden Beschäftigungsmöglichkeiten angezogen, vor allem Facharbeiter. Zwischen 1868 und 1875 stieg die Einwohnerzahl von 21.999 auf 26.474, und 1890 wohnten 36.796 Menschen in der Stadt.[12] Häufig herrschte Arbeitermangel, und die Betriebe klagten heftig über „ungenügende Qualifizierung“ ihrer eigenen Belegschaft und den auf dem Arbeitsmarkt „erhältlichen“ Arbeitern. Auf der anderen Seite standen soziale Probleme. Die Arbeiter aller Branchen klagten über hohe Lebensmittelpreise, eine schlechte Wohnungsversorgung und über zu niedrige Löhne. Genügend Gründe für Unruhen, für Streiks und gewerk-

[5] Vgl. Dieter Fricke, Die deutsche Arbeiterbewegung ..., a.a.O., S. 78 und 80.
[6] Amtsblatt der königl. Regierung vom 19. 7. 1872.
[7] Vgl. hierzu u.a. Detlef Lehnert, Sozialdemokratie zwischen Protestbewegung und Regierungspartei 1848-1933, Frankfurt 1983, S. 10 ff.
[8] Vgl. hierzu insbesondere Emil Meyer, Die Industrie der Stadt Flensburg seit 1864. Eine Standortuntersuchung, Diss. Kiel 1922; Fritz Hähnsen, Die Quellen der Flensburger Wirtschaft im Wandel der politischen Geschichte, in: Nordelbingen 6. (1927) S. 254-269; Paul v. Hedemann Heespen, Ein Gang durch das Gewerbe unserer Vergangenheit, in: ZSHG 48 (1918), S. 123 ; neuere Arbeiten zur Entwicklung der Flensburger Wirtschaft liegen (von einigen Mag.- oder Staatsexamensarbeiten abgesehen) nicht vor. Eine Ausnahme bilden die kürzeren Beiträge von Gerd Vaagt. z.B.: Die Industrialisierung Flensburgs, in: Urs J. Diederichs (Hg.), Schleswig-Holsteins Weg ins Industriezeitalter, Hamburg 1986, S. 94-110.
[9] Hellwig, a.a.O., S. 7.
[10] Vgl. Hans Friedrich Schütt, Tabakhandel und Tabakfabrikation in Flensburg, Vaagt, a.a.O., S. 97, (Masch. 1947), S. 20.
[11] Vaagt, a.a.O. S. 97.
[12] Eine im Vergleich zu anderen Städten nur mäßige Steigerung. Zahlen entnommen aus den Adreßbüchern der Stadt Flensburg.

Flensburger Schiffsbau-Gesellschaft.

Die Unterzeichneten sind zusammengetreten, um unter obiger Firma hier in Flensburg eine **Actien-Gesellschaft** zu gründen zum

Bau eiserner Segel- und Dampfschiffe.

Ein hinreichender, passender Platz zur Anlegung der Werfte, sowie die nöthige technische Kraft zur Leitung des Geschäftes sind gesichert.

Im **Comptoir der „Flensburger Dampfschifffahrt-Gesellschaft von 1869"** kann Jeder, welcher sich für die Sache interessirt, von **nächsten Dienstag an** den **Prospect** empfangen und das **Statut** der Gesellschaft einsehen.

Ebendaselbst wird der **Bogen zur Actienzeichnung** von

Donnerstag den 27. d. Mts. bis Sonnabend den 29. d. Mts.

ausgelegt sein; jedoch behalten wir uns vor, event. die Zeichnung auch früher zu schließen.

Flensburg, den 21. Juni 1872.

C. N. Hansen. H. C. Brodersen. G. Dittmann.
E. Rickertsen. A. Jürgensen.

Mit diesem Aufruf vom 21.06.1872 — in sämtlichen Flensburger Zeitungen placiert — wurde für die neu zu gründende Schiffswerft geworben, um genügend Aktionäre zu gewinnen. Unterzeichner war u.a. George Dittmann, Inhaber der gleichnamigen Eisengießerei, E. Rickertsen, Fabrikant und Mitinhaber der Krusauer Kupfer mühle (gelegen vor den Toren der Stadt). Andere waren Kaufleute und Reeder, alles weithin bekannte und vermögende Flensburger, die nun im Zuge der neuen Zeit begannen, ihr Kapital in die aufstrebenden Industriebetriebe zu investieren. (Foto: Stadtarchiv Flensburg).

schaftliche und politische Zusammenschlüsse waren vorhanden. 1872 bemerkte die Industrie- und Handelskammer in ihrem Jahresbericht, daß ein großer Facharbeitermangel zu teilweisen Produktionseinschränkungen geführt habe. Zwar seien nur wenig Arbeitsstörungen zu verzeichnen gewesen, dafür aber ein hoher „Arbeiterwechsel".[13] 1873 heißt es, daß sich „Arbeitseinstellungen" in einigen Branchen zur Jahreswende wiederholt hätten.

„Dürfen wir somit hoffen, daß vorläufig dieser sittliche Auswuchs seine weiteste Ausdehnung erfahren habe, so ist damit keineswegs eine Heilung desselben eingetreten. So lange der Arbeiterstand derjenigen Ausbildung des Verstandes und Herzens entbehrt, die ihn das Ungereimte und Verderbliche in dem Bestreben seiner Führer (‚Verführer') erkennen läßt, gerade so lange wird der Handel und Verkehr mit dem Gewerbe unter den von günstigen Umständen begleiteten Ausschreitungen der Arbeiter zu leiden haben. Vorläufig mögen Maßregeln gegen den Contractbruch der Arbeiter und gegen den von den Führern derselben ausgeübten Zwang zur Arbeitseinstellung aushelfen, aber nur dann, wenn der Arbeiter einsieht, daß geistige Arbeit und Kapital ebenso schwer wiegende Faktoren in der Produktion sind als die Handarbeit, wird ein gesunder Zustand in der menschlichen Gesellschaft einkehren."[14]

Mit dem Mittel des Streiks waren die Arbeiter in einzelnen Branchen immer wieder zu Erfolgen gekommen. Teilweise bewirkte schon die Androhung einer Arbeitsniederlegung einen höheren Lohnsatz, *„oder man kam durch ein höheres Angebot"* dem drohenden Arbeitskampf zuvor.[15]

So sannen denn die Arbeitgeber auf Maßnahmen, um die

[13] Jahresberichte der Industrie- und Handelskammer zu Flensburg (IHK), 1872, S. 1.
[14] IHK 1873, S. 1.
[15] Ebd., S. 3.

Mitarbeiter!

Heute Abend soll, wie Ihr wisst, die Werft geschloszen wer-
und wir Alle sollen hungern. Man will uns gegen die For-
mer aufhetzen uud zu Ruhestörungen veranlassen. was für
uns die grössten Nachtheile zum Gaudium unserer Ausbeut-
herbei führen würde

Zeigen wir heute Abend, daß wir Männer sind
die das Gesetz und Recht zu achten verstehen.
Die Rechte Der Former sind auch die Unsern
und bezüglich - Der Unterstützung - stehen
Die Arbeiter all. Länder hinter uns.

Eure Kollegen.

Flugblatt vom Werftarbeiterstreik im Dezember 1888, bei dem ca. 900 Arbeiter von der Betriebsleitung ausgesperrt wurden. Nachdem der Konflikt beigelegt war (die Aussperrung wurde schon kurze Zeit später widerrufen, während die maßgeblich den Streik herbeiführenden Former noch durchhielten), gab die Werftleitung, der auch eiligst herbeigeholte Streikbrecher nicht zu helfen vermochten, nach und bewilligte nicht nur eine Lohnerhöhung, sondern stimmte auch der Einführung des zehnstündigen Arbeitstages zu (Quelle: LAS 309 Nr.219; STa Flensburg I J 26.2.).

Lage der Arbeiter wenigstens im Ansatz zu verbessern und sie dadurch zu beruhigen. Um die Arbeiter *„an ein bestimmtes Geschäft zu fesseln, ist von einigen Fabrikbesitzern in Aussicht genommen, Arbeiterwohnungen, womöglich mit Gartenland zu errichten; auch die Schiffsbaugesellschaft hofft auf guten Erfolg.“*[16] Von privater Seite wurde damit begonnen, Land in der unmittelbaren Umgebung der Stadt pachtweise Kleingewerbetreibenden, Handwerkern und Arbeitern zu überlassen, die über keinen Garten am eigenen Haus oder der Wohnunterkunft verfügten.[17]

Nur ein Jahr später wurden in der Stadt die ersten Auswirkungen einer Wirtschaftskrise, der „Großen Depression“, spürbar. Die IHK stellte einen erheblichen Rückschlag für alle Bereiche und Branchen fest. Trotzdem aber war es noch zu keinem Konkurs gekommen. Bei den drei Eisengießereien waren die zu erzielenden Absatzpreise gesunken.[18] Daraufhin weigerten sich die Arbeitgeber, die bisherigen Löhne weiter zu zahlen und versuchten, die Folgen der sich verschärfenden Wirtschaftskrise voll auf ihre Arbeiter abzuwälzen. Häufig kam es nun zu Entlassungen und zu Lohnkürzungen. Demgegenüber standen wei-

[16] Ebd., S. 4.
[17] Vgl. Gabriele Giessler, Grünanlagen und Gärten in Flensburg (Kleine Reihe der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte, Heft 17), Flensburg 1988, S. 84.
[18] IHK 1874.

terhin hohe Lebenshaltungskosten, insbesondere z.T. steigende Lebensmittelpreise. 1874 lag z.B. der Butterpreis um 15 bis 20 Pfennig pro Pfund höher als 1873,[19] 1876 schossen die Kartoffelpreise aufgrund einer schlechten Ernte explosionsartig in die Höhe (von 8.— Mark auf bis zu 14.— Mark pro 100 Kilogramm). Die Folge war zugleich, daß viele Arbeiter mit dem Gedanken spielten, der Stadt den Rücken zu kehren. Einen Streik zu initiieren bedeutete, seinen bisher noch sicheren Arbeitsplatz zu riskieren. So hörten auch mit einem Schlage die Arbeitsniederlegungen auf.[20]

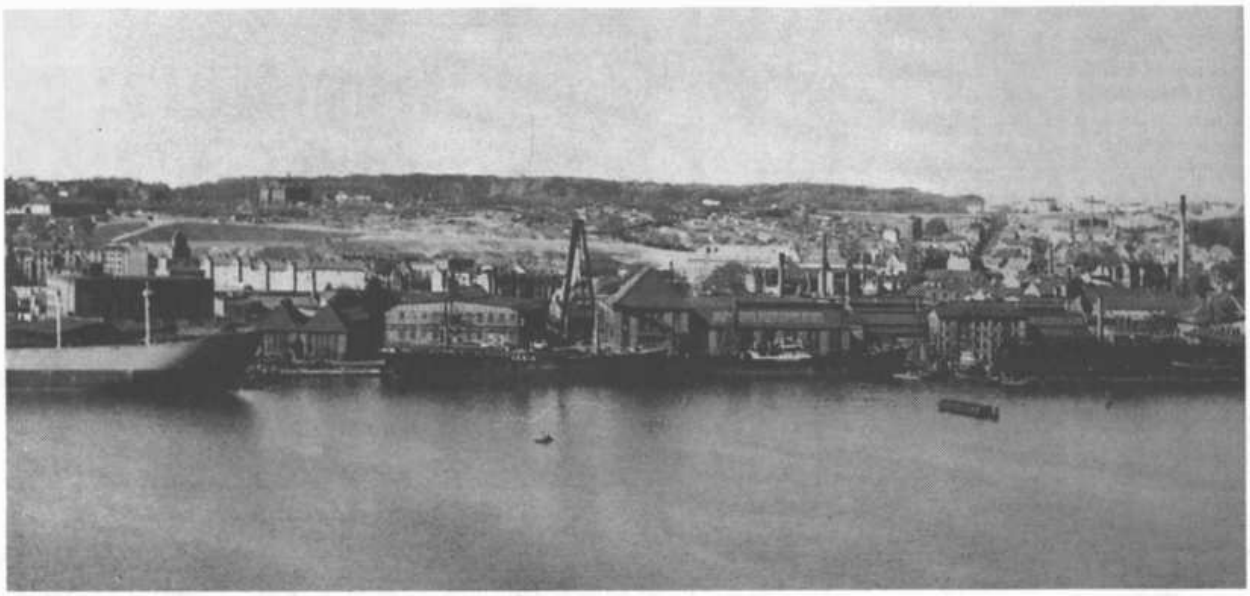
Trotzdem gingen die Unternehmer weiter daran, die Belegschaften abzubauen und Lohnkürzungen vorzunehmen. Im gesamten Kaiserreich reduzierte sich in dieser Phase das allgemeine Lohnniveau für die in der Industrie Beschäftigten um ca. 20 Prozent. Erst ab 1881 trat eine erneute, aber doch sehr wechselhafte Aufwärtsbewegung ein, von der auch die Löhne betroffen wurden. Sie stiegen allerdings nicht in dem Umfang der zugleich stattfindenden Teuerungen.[21]

In Flensburg konnte sich in dieser Periode einzig die Schiffsbaugesellschaft gut am Markt behaupten. Bis 1890 wurde die Belegschaft von 350 im Jahre 1874 über 900 in 1881 auf ca. 1.000 Arbeiter gesteigert. Nur 1886 gab es einen größeren Einbruch, so daß kurzfristig nur 644 Arbeiter Beschäftigung fanden.[22] Im Betrieb wurden zwischen 1884 und 1887 nur 4% Dividende an die Aktionäre verteilt, während es 1883/84 noch 18% waren. Diese Ziffer wurde indes zum Geschäftsjahr 1890/91 wieder erreicht.[23] Andere Betriebe in der Stadt nahmen eine höchst wechselhafte Entwicklung. In der Glasfabrik mußte 1882 ein Fabrikationszweig vorübergehend stillgelegt werden. 1885 war, durch den Verlauf der Fabrik bedingt, kein regelmäßiger Betrieb möglich. Doch schon Ende 1886 fanden wieder 100 Arbeiter Beschäftigung.[24]

Das 1883 in Betrieb genommene Hüttenwerk von Dittmann und Brix mußte schon ein Jahr später wieder Konkurs anmelden, wodurch über 200 Arbeiter plötzlich auf der Straße stan-

[19] Ebd.
[20] IHK 1875 unter Glasfabrik.
[21] Vgl. allg. Hans Rosenberg, Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa, Berlin 1967, S.38 ff.
[22] Vgl. Guntram Rieken, Vom Gewerbebetrieb zur Industrie (Ex.Arb.Masch im Stadtarchiv Flensburg), S. 75 ff.
[23] Ebd. S. 107.
[24] IHK 1882.

Blick auf die 1872 gegründete Flensburger Schiffbaugesellschaft, dem größten Industriebetrieb der Stadt. Zu Beginn der 80'er Jahre arbeiteten hier ca. 1.000, am Vorabend des I. Weltkrieges ca. 2.600 Arbeiter. Schon um die Jahrhundertwende waren hier, nach den Angaben eines gewerkschaftlichen Vertrauensmannes, ca. 50% der Arbeiter organisiert. Oftmals kam es zu teilweise harten und langwierigen Arbeitskämpfen, z.B. im Jahre 1896 — mit dem Ergebnis, daß zum ersten Mal die Vertrauensleute im gewerkschaftlichen Streikkomitee offiziell als Verhandlungspartner anerkannt wurden (Foto: Stadtarchiv Flensburg).

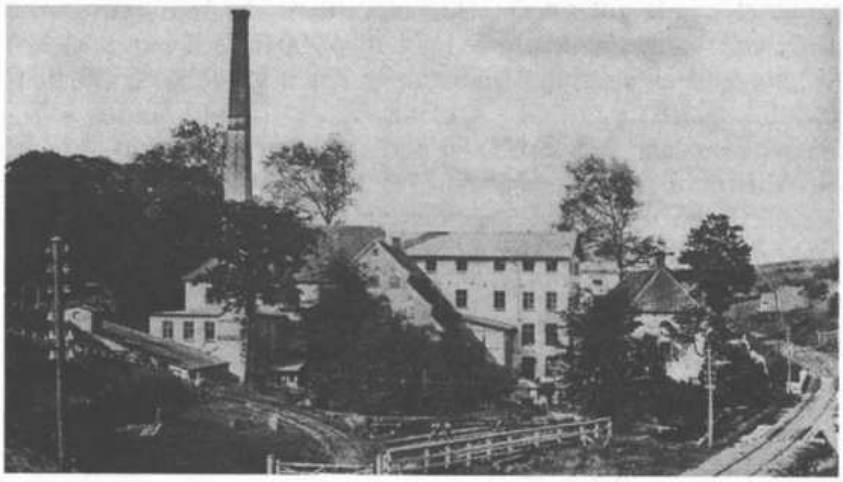


[25] Ebd. 1890, vgl. auch Gerd Vaagt, a.a.O.
[26] IHK 1889, S.1.

den.[25] Zum Ende der achtziger Jahre hatte sich die Konjunktur indes wiederum beruhigt und auch die IHK sprach in den Jahresberichten jetzt von guten und erfolgreichen Geschäften. Sofort regten sich wieder die Arbeiter in der Stadt und traten vermehrt mit neuen Lohnforderungen hervor. 1888 streikten die Former in den Eisengießereien und auch auf der Werft kam es zu Arbeitsniederlegungen. 1889 berichtete die IHK von *„vermehrten Lohnforderungen"* und einer deutlich zunehmenden *„Streikgefahr"*.[26]

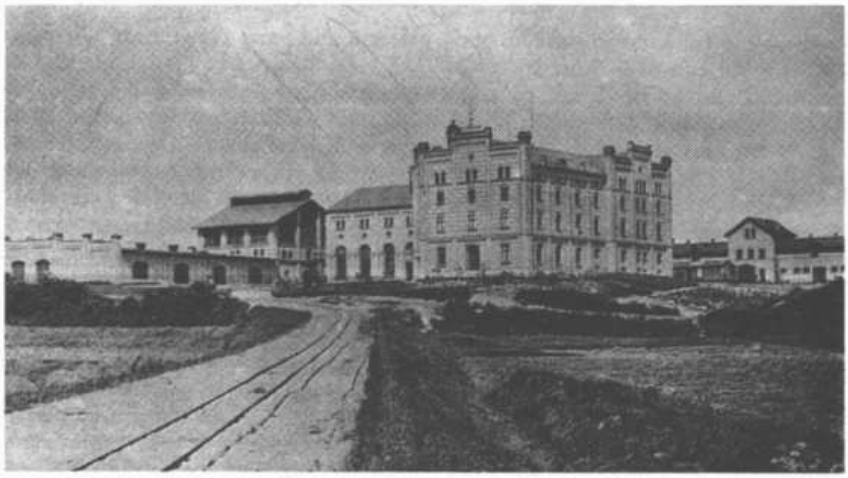
Im gleichen Jahr streikten die Hafenarbeiter, die Glasfabrik zahlte freiwillig höhere Löhne, um einen allgemeinen Ausstand zu vermeiden. Zusammenfassend soll für die Jahre 1870/72 bis 1890 festgestellt werden: Die Phase bis 1879 brachte für die Stadt die entscheidende Wende zur Industrialisierung hin, *„zum kapitalistischen Unternehmertum und zum Wirtschaftsliberalismus."*

Grundlagen für diese Entwicklung waren die nach wie vor in der Stadt dominierenden Handels- und Schiffahrtsinteressen der Flensburger Kaufleute. Die „Große Depression" unterbrach



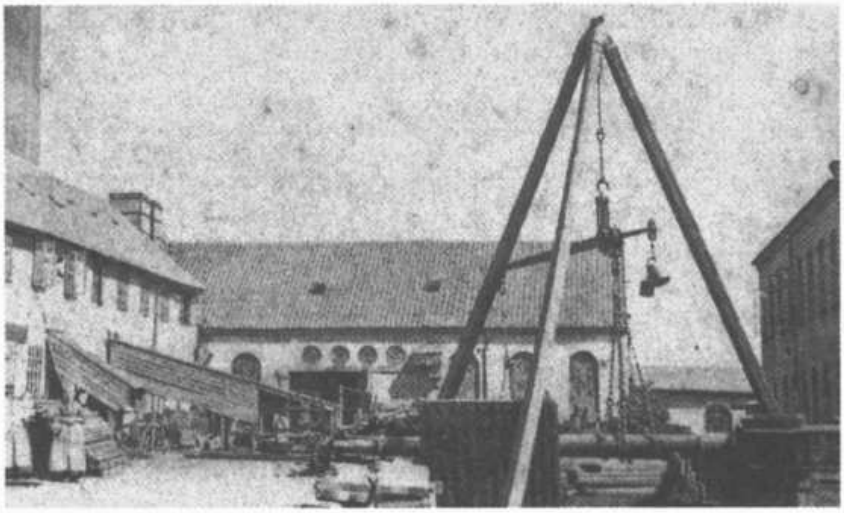
Die ehemalige Walther'sche Papierfabrik in Flensburg um 1880, die älteste, noch heute erhaltene Produktionsstätte. Die Fabrik wurde als Papiermühle im Jahre 1696 gegründet. 1884 arbeiteten hier über 150 Arbeiter. Heute gehört die Papierfabrik als Feldmühle zum Konzern von Friedrich H. Flick (Foto: Stadtarchiv Flensburg).

diese Entwicklung schon frühzeitig, wirkte sich jedoch in der Stadt erst im Zuge der bismarckschen Schutzzollpolitik entscheidend aus. Die Zollpolitik *„beeinträchtigte die auf einen*



Die 1873 gegründete Aktienbrauerei in Neustadt in Höhe Brauereiweg/Batteriestraße. Aufgrund einer umfangreichen Exporttätigkeit nach Übersee entwickelte sich das Unternehmen in den ersten beiden Jahrzehnten seiner Existenz äußerst schnell. So zahlte man den Aktionären jährlich bis zu 12 % Dividende. Zusammen mit der 1889 gegründeten Export-Brauerei beschäftigten beide Firmen um 1893 über 160 Arbeiter. Zugleich wurden die Brauereien zu einem der Hauptabnehmer der Flensburger Glasfabrik, die die notwendigen Flaschen für den Bierexport herstellte (Foto: Stadtarchiv Flensburg).

freien Handelsverkehr ausgerichtete Flensburger Wirtschaft in ihren wichtigsten Sparten und trug dazu bei, daß sich die Krise von 1884 bis 87 in der Fördestadt besonders kraß auswirkte."



Die ehemalige Eisengießerei und Maschinenfabrik von Dittmann und Jensen, gelegen in der Flensburger Neustadt, dem Industrieviertel der Stadt. Leben und arbeiten auf engstem Raum kennzeichnete einst diesen Stadtteil, der sich im Verlaufe der Industrialisierung vollkommen veränderte. Über die Arbeitsbedingungen bei Dittmann und Jensen berichtet der spätere Unternehmer Johann Anthon, der hier seine Lehrzeit absolvierte: „...da die Werkzeugmaschinen zur damaligen Zeit wenig entwickelt waren, auch die Einrichtungen mangelhaft waren, so war die Arbeit im Allgemeinen, gegen die heutigen Methoden, schwer zu nennen; die Arbeitszeit war von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends, mit 2 Pausen je 1/2 Stunde für Frühstück und Vesper und 1 Stunde Mittagspause." (Foto: Stadtarchiv Flensburg)

Überragende Bedeutung gewann nur die Schiffsbaugesellschaft, daneben die Eisengießereien, Maschinenindustrie und Genußmittelproduktion.[27]

Nach wie vor bestimmten jedoch klein- und mittelständische Betriebe das Wirtschaftsleben in der Stadt. 1881 gab es in Flensburg 749 selbständige Gewerbebetriebe in 35 Branchen, einschließlich der 114 Großhandelsgeschäfte und Fabriken.[28]

Für die Flensburger Arbeiter waren die Jahre der Wirtschaftskrise eine harte und entbehrungsreiche Zeit. Zwar stiegen in den kurzen wirtschaftlichen Erholungsphasen ab 1880 die Löhne langsam wieder an, jedoch konnten sie bei weitem nicht Schritt halten mit den immer höher werdenden Lebenshaltungskosten, die teilweise herrührten von den agrarierfreundlichen Schutzzollmaßnahmen der bismarckschen Politik dieser Jahre. Vergleichsmaßstab waren nicht die Reallöhne, sondern die Nominaleinkünfte, und im Alltagsleben war immer das, was man im Geldbeutel nach Hause tragen konnte, Grundlage für die eigene Einschätzung der wirtschaftlichen und sozialen Situation.[29] Zudem blieb man ständig von Arbeitslosigkeit bedroht und auch die qualitative Wohnsituation blieb trotz aller Bemühungen prekär.

Über die Arbeits- und Lebensbedingungen zwischen Januar 1881 und Oktober 1882 sollen die Tabellen 1 und 2 Aufschluß geben. Die Zahlen wurden ermittelt vom Magistrat der Stadt für den Verein „Concordia" zur Förderung des Wohls der Arbeiter, der seinen Hauptsitz in Mainz hatte. Die durchschnittliche Arbeitszeit betrug demnach in dieser Phase zwischen 8 und 12 Stunden täglich, je nach Jahreszeit. Ein Handwerker konnte bis zu 30 Pfennig pro Stunde verdienen (Polier im Baugewerbe), ein gewöhnlicher Fabriktagelöhner brachte es gerade auf 14 bis 16 Pfennig pro Stunde. Die Löhne differierten in den einzelnen Bereichen und Branchen deutlich. Ein Geselle im Baugewerbe erhielt z.B. 22,5 bis 25 Pfennig, ein Schuhmachergeselle aber nur, ähnlich wie der Tagelöhner, 15 bis 19 Pfennig.

Bei den Lebensmittelpreisen fällt zunächst auf, daß die Fleischpreise relativ stabil blieben, mit Ausnahme des Specks, der aufgrund seiner Fetthaltigkeit gerade von Arbeitern, die be-

[27] Vgl. Horst Windmann, Flensburg von 1864 bis zur Abstimmung 1920, in: Flensburg. Geschichte einer Grenzstadt, hg. von der Gesellschaft für Stadtgeschichte, Flensburg 1966, S. 369 f.

[28] Nach Peter Christian Hansen, Schleswig-Holstein und seine Wohlfahrtsbestrebungen und gemeinnützigen Einrichtungen, Kiel 1882, S. 41. Die Liste wurde sicherlich nach dem Adreßbuch der Stadt Flensburg zusammengestellt.

[29] Vgl. Hans Rosenberg, a.a.O., S. 50 f, der darauf hinweist, daß die Depression nicht nur als ein ökonomisches sondern auch als ein psychologisches Phänomen einzuschätzen ist. Vgl. auch Jürgen Kuczynski, Geschichte des Alltags des deutschen Volkes, Band IV, Köln 1981, bes. S. 335 ff.

Tab. 1: Arbeitszeiten (Spalte 1) und Arbeitslöhne in Pfennig pro Stunde (Spalte 2) in Flensburg 1881 und 1882.

		Baugewerbe																Tagelöhner					
		Polier		Geselle		Handl.		Schreiner.		Schlosser		Schneider		Schuhm.		sonst.Fabr.arb.		Fabrik		Garten		Feld	
		1	2	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2	1	2
1881	Januar	8	21	8	18	8	12	1o	14	10	14	10	11	10	12	-	-	9	11	8	9	8	9
	April	10	26	10	22,5	10	15	10	17,5	10	17,5	11	15,5	11	16	-	-	10	14	11	13,5	11	13.
	Juli	12	29	12	25	12	16	12	21	12	21	12	19	12	19	12	17	12	16	12	16	12	15
	Oktober	10	26	10	22,5	10	15	10	17,5	10	17,5	11	15,5	11	16	11	15	10	14	11	13,5	11	13.
1882	April	10	26	10	22,5	10	15	1o	17,5	10	17,5	11	15.5	11	16	-	-	10	14	11	13,5	11	13.
	Juli	12	28-30	12	25	12	16	12	21	12	21	12	18-20	12	18-20	-	-	12	15-17	12	15-17	12	15
	Oktober	10	26	10	22,5	10	15	10	17,5	10	15,5	11	15-16	11	15-17	-	-	10	13-15	11	13-15	11	13-15

Tab. 2: Lebensmittelpreise in Flensburg 1881-1882 bei dem üblichen Bezug im Kleinhandel (Pf. pro kg)

		Roggen		Weizen-	Butter	Eier	Kartoffeln	Ochsen	Kuh	Schwein	Hammel	Speck	Milch	Bier
		Brot 1 kg	Mehl 1 kg	mehl 1 kg	1 kg	1 Dz.	(in Mark) 100 kg	1 kg					1 l.	
1881	Januar	20	30	36	240	84	6.-	140	120	130	140	120	14	10
	April	20	20	36	220	54	6.50	140	120	130	140	130	13	10
	Juli	20	35	40	220	60	6.50	140	120	130	160	130	13	10
	Oktober	20	36	39	240	60	5.50	140	120	140	160	140	13	10
1882	April	20	30	36	220	54	4.30	140	120	130	140	130	13	10
	Juli	20	35	40	220	75-90	8.-	140	120	130	160	130	11	10
	Oktober	20	36	39	240	80	6-8.-	150	130	140	140	180	13	10

sonders schwere körperliche Arbeit zu verrichten hatten, bevorzugt wurde. Das gleiche gilt für Roggenbrot, Milch und Butter. Mehl aber wird in dieser Zeit erheblich teurer, ebenso Eier und Kartoffeln.

Die Mietpreise blieben für die Wohnunterkünfte, die am unteren Ende der Skala stehen und fast keine qualitativen Merkmale aufweisen, konstant. In den anderen genannten Fällen ergab sich eine Steigerung bis zu 4.— Mark pro Monat, und doch waren gerade dies die Wohnungen, die den Mindestanforderungen (mit heizbaren Räumen, Küche und Abstellmöglichkeiten) entsprachen und daher als typische Arbeiterwohnungen anzusehen sind.

Eine auch nur kleine Familie zu ernähren, war bei diesen Löhnen und Preisen schwer möglich. Ein Geselle im Baugewerbe z.B., mit im Juli 1882 immerhin 25 Pfennig Stundenlohn, konnte so bei 12 Stunden täglicher Arbeit 3.— Mark am Tag verdienen. Dies entspricht einem Monatsverdienst von ca. 96 Mark oder 1.152.— Mark pro Jahr, vorausgesetzt, daß er das ganze Jahr über beschäftigt war, was kaum einmal zutraf. Von diesem Verdienst waren (für eine vierköpfige Familie) für eine Wohnung mit einem heizbaren und einem nicht heizbaren Raum (im schlechtesten Falle) 7.50 Mark Miete zu bezahlen, so daß im Monat noch 88.50 verblieben, um Lebensmittel, Kleidung und andere Dinge des täglichen Lebens anzuschaffen. Ein

möglicher Steuerabzug ist hierbei noch nicht einberechnet, so daß pro Tag ca. 3.— Mark zum Leben verblieben. Für einen einfachen Fabriktagelöhner hingegen sieht die Rechnung schon ganz anders aus. Er kommt gerade auf 1.80 Mark pro Tag oder 43.20 Mark im Monat. Nach Abzug der Miete verbleiben 35.70 Mark im Monat oder per Woche 8.90 Mark, was 1.27 Mark pro Tag entspricht.

Für die Arbeiter der Schiffsbaugesellschaft ergibt sich nach vorsichtiger Schätzung einer Zahlenangabe im IHK-Bericht 1884 (für 899 Arbeiter wurden 993.000 Mark an Lohn- inkl. Fuhrkosten gezahlt) folgende Berechnung: Im Durchschnitt konnte ein Arbeiter so 1.104.— Mark im Jahr verdienen oder 84.— Mark im Monat. Ohne Steuerabzug verblieben ihm nach Abzug der Miete (7.50 Mark im Monat) 2.72 Mark pro Tag für den Lebensunterhalt.[30]

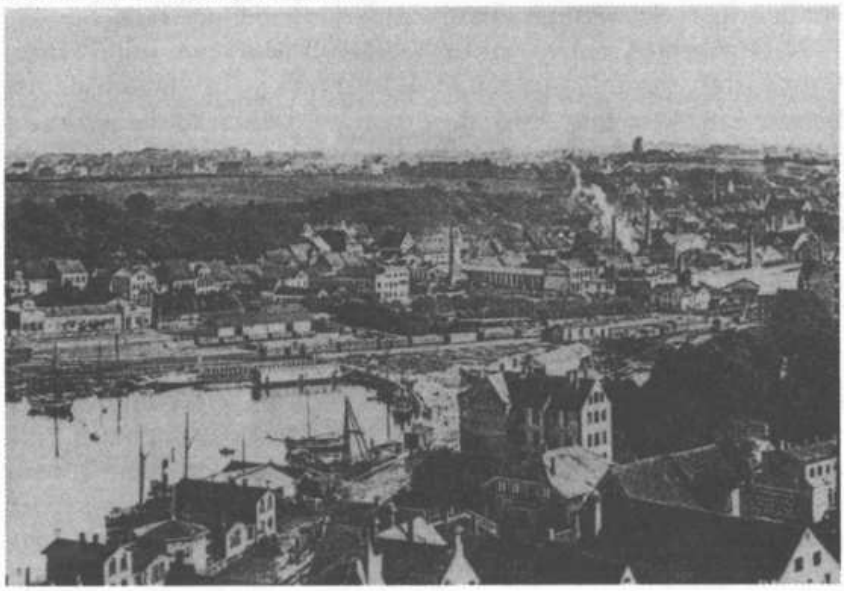
Viel besser jedoch als all diese statistischen Berechnungen kann an dieser Stelle die Lebenserinnerung des Georg Marten Aufschlüsse über die Lebensbedingungen einer Familie geben. Georg Marten, später Rektor einer Mädchenschule in Heide, hatte seine Kinder- und Jugendzeit in den siebziger und achtziger Jahren in Flensburg verbracht. Der Vater war nach nur kurzer Beschäftigung in der Eisengießerei Jepsen und Sohn Invalide geworden, *„von einer Lähmung befallen, die ihn nicht wieder verließ und ihn für den Rest seines Lebens, vierundzwanzig lange Jahre, an den Lehnstuhl bzw. ans Bett fesselte."* Der Vater konnte gerade noch durch Heimarbeit als Zigarrendreher zum spärlichen Familienverdienst beitragen. Marten spricht oft von Hungerkuren, berichtet von häufigen Umzügen in der Stadt. Die soziale Deklassierung ist deutlich zu verspüren. Die Familie fand Unterkunft in einer Wohnung mit Küche, Stube, offenem Herd und Schornstein. Das gesicherte wöchentliche Einkommen lag bei ca. 4.50 Mark in der Woche, das die Mutter beibringen mußte. So hatte Marten selbst immer wieder Gelegenheiten gesucht, Arbeit zu finden. Oft fand er diese im Hafen, beim Kesselreinigen der Schiffe, eine körperlich anstrengende und nicht ungefährliche Arbeit, wofür er zumeist 15 Pfennig erhielt.

„Das Brot wurde zugeteilt. Die Frage, ob ich satt sei, oder ob ich mehr haben wollte, ist, außer Sonntagsmorgen, nie an mich gerichtet worden. Es war eben nicht mehr da, und man mußte sich begnügen.... In der Stube war gleich links neben der Tür ein großes Wandbett, in dem wir drei Personen schliefen. Für meinen Vater wurde abends ein zusammenklappbares Bett, eine sogenannte Eselbettstelle, aufgemacht, das tagsüber auf dem Flur stand. Unter dem Wandbett wurden die Winterkartoffeln aufbewahrt, deren Ausdünstungen die Luft in dem kleinen Zimmer nicht gerade verbesserten. Ein Ofen rechts von der Tür, eine Kommode, zwei Tische und einige harte Stühle bildeten das dürftige Mobiliar. ...

Wie schon oben gesagt, bin ich lange Jahre hindurch nur einmal in der Woche richtig satt geworden, am Sonntagmorgen. An den anderen Tagen gab es morgens und abends je zwei Schnitten Schwarzbrot, eine mit zur Schule und nachmittags

[30] IHK, 1884.

eine. ... Fleisch gab es nur einmal in der Woche, am Sonntage. Dann holte ich am Sonnabendnachmittag vom Roßschlachter ein Pfund schieres Fleisch, das 28 Pfennig kostete; das wurde gehackt und als Beefsteak gebraten. War Festtag, dann gab es frische Suppe, gekocht von dem unteren Teil des Beins vom Rind, von dem noch so viel abgeschnitten wurde, daß Fleischklöße davon gemacht wurden. Kaffee und Tee habe ich nur dem Namen nach kennengelernt."[31]



Blick um 1890 auf das St.Johannis-Viertel über die Hafenspitze mit der Maschinenfabrik von N. Jepsen und Sohn in der Bildmitte. Jepsen und Sohn zählte zu den größten Flensburger Betrieben. Ab 1890 hatte man sich vor allen Dingen auf landwirtschaftliche Maschinen spezialisiert und auf Zentrifugen für die zahlreichen im Umkreis entstehenden Meiereibetriebe. Die auf engstem Raum stehenden Häuser, die qualmenden Fabrikanlagen lassen erahnen, unter welchen Bedingungen die Menschen hier leben und arbeiten mußten. Die Produktionsbedingungen waren äußerst gesundheits-, ja teilweise lebensgefährlich. Zahlreiche Arbeiter wurden erwerbsunfähig und fielen somit als Ernährer der Familie aus. Ein soziales Netz, das die Not auffangen konnte, war faktisch nicht vorhanden. So berichtet Georg Marten, Sohn eines invalid gewordenen Arbeiters bei Jepsen und Sohn: „Woher aber diese große andauernde Armut? Bald nach meiner Geburt hatte mein Vater Arbeit gefunden und zwar in einer Eisengießerei. Sei es nun, daß die Arbeit vor dem heißen Schmelzofen dem an Arbeit in freier Luft Gewöhnten nicht bekam, oder sei es, wie der Arzt behauptete, daß eine Erkältung die Ursache war, genug, der bis dahin riesenstarke Mann ... der wurde, als ich kaum ein Jahr alt war, von einer Lähmung der unteren Gliedmaßen befallen,...,die ihn nicht wieder verließ und ihn für den Rest seines Lebens, vierundzwanzig lange Jahre, an den Lehnstuhl, bzw. ans Bett fesselte." (Foto und Quelle: Städt. Museum Flensburg; Georg Marten, Jugenderinnerungen, in: Aus Flensburgs Geschichte...,a.a.O.,S.88).

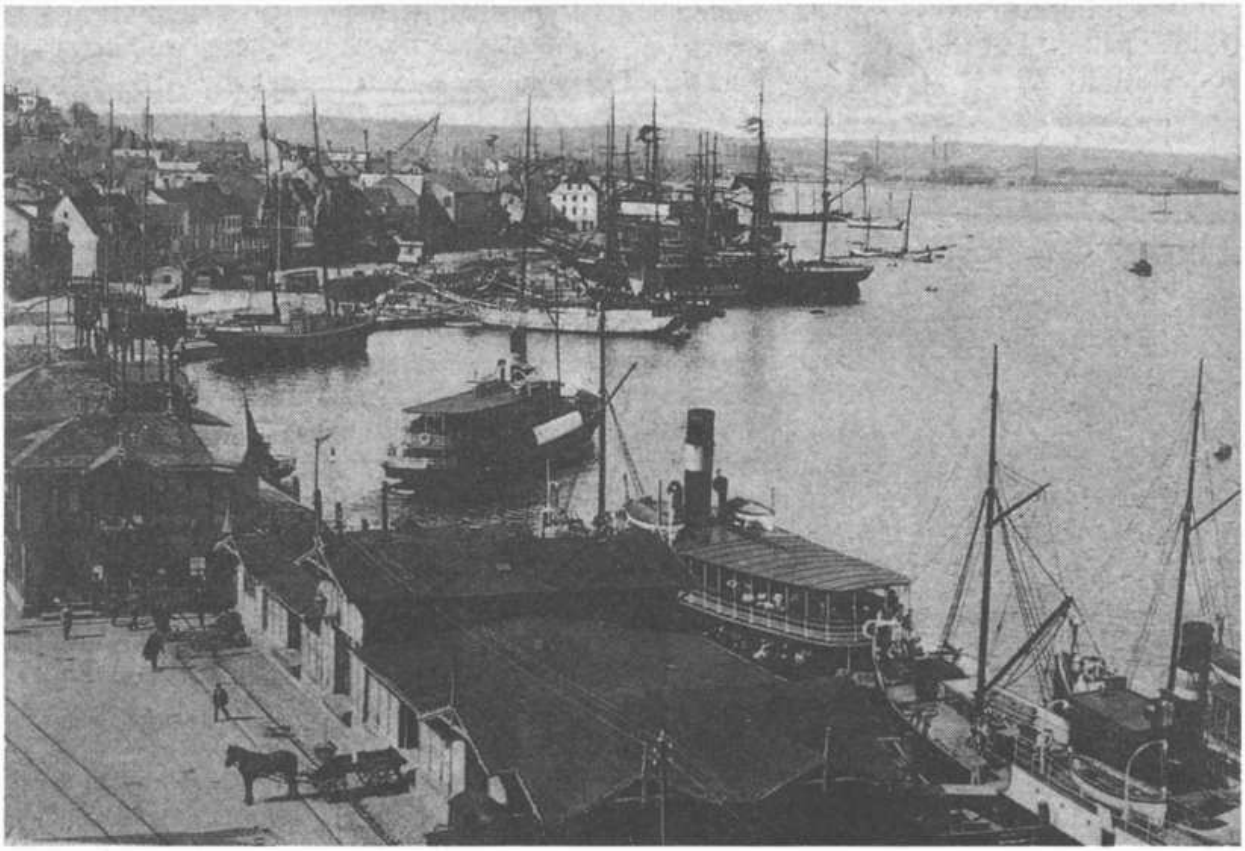
Die Arbeiterfamilien fanden besonders im Norden der Stadt ihre Wohnungen, in einfachen Mietshäusern und Hinterhäusern. Hier, in unmittelbarer Nähe zu den großen Industriebetrieben in der Neustadt, hatte demzufolge auch die Sozialdemokratie ihre eigentliche Wählerhochburg, ein Tatbestand, der sich bis heute erhalten hat. Andere typische Arbeiterviertel entstanden im südlichen St. Jürgen, im Johannisviertel und im Zuge Norderstraße, Duburg, Marienstraße. Die Wege von hier zu den Arbeitsstätten waren nicht weit. So war es oft möglich, in den längeren mittäglichen Pausen, schnell nach Hause zu eilen und dort eine (warme) Mahlzeit einzunehmen.[32]

Von Seiten der städtischen Verwaltung und aus Kreisen des sozial engagierten Bürgertums wurden zahlreiche Versuche gestartet, die ärgsten Nöte zu lindern. Zwar lag die Behausungsziffer (Einwohner pro Haus) zwischen 1861 und 1881 fast gleich hoch, bei 18,3 bzw. 18,6.[33] Doch lassen diese Zahlen keine Angaben über den Wohnungsstandard zu, und mit diesem muß es, wie aus den Schleswig-Holsteinischen Medizinalberichten hervorgeht, auch in Flensburg schlecht bestellt gewesen sein.[34]

Zu den teilweise bedrückenden Zuständen für die Arbeiter in der Stadt gesellte sich die politische und die gewerkschaftliche Unterdrückung, eine Entwicklung, die den Lernprozeß unter den Arbeitern zugunsten der Arbeiterbewegung entscheidend beeinflußte. Hieran waren maßgeblich die Ausnahmegesetze gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie beteiligt, wie auch weitere Erfahrungen in den alltäglichen Arbeitsauseinandersetzungen.

Anläßlich des Hafenarbeiterausstandes im Oktober 1889 zum

[31] Georg Marten, Jugenderinnerungen, hg. von Wilhelm Klüver, in: Aus Flensburgs Geschichte im 19. Jahrhundert (Schriften der Gesellschaft für Stadtgeschichte, Band 20), Flensburg 1969, S.86-113, hier bes. S. 91 und 96 — Sicherlich sind diese Aussagen nicht repräsentativ für die Masse der unteren Bevölkerungsschicht in der Stadt. Aber sie geben einen guten Eindruck. Marten knüpfte im übrigen nie Verbindungen zur Sozialdemokratie. Für ihn und seine Familie kam es in erster Linie darauf an, zu überleben und hierfür Hilfen zu erhalten. Die konnte die Arbeiterbewegung nicht geben, garantierten aber die zahllosen caritativen Organisationen und Vereine in der Stadt, besonders die Kirchen und beispw. der von ihr inspirierte Arbeiterbildungsverein, in dernem Umfeld Hilfskassen u.a.m. entstanden.



Beispiel wurde von einigen Firmen in der Stadt der Antrag an den Magistrat und die Heeresverwaltung gestellt, militärische Arbeitskräfte beim Löschen der Ladung einzusetzen. Die Handelskammer schloß sich diesem Ersuchen demonstrativ an, *„und zwar in der Ansicht, daß der Streik in Anbetracht der Lohnverhältnisse jener Arbeiterkategorie nicht berechtigt, sondern frivol sei und ein Nachgeben gegenüber den Forderungen der Streikenden möglicherweise zu weitergehenden verhängnisvollen Konsequenzen für den Hafenverkehr Flensburgs führen könnte.“* Die Petition der Firmen wurde erhört, die Handelskammer schließlich als Vermittler eingeschaltet und der Streik im wesentlichen auf der Grundlage der bisherigen Lohnsätze „beigelegt“.[36]

Die Konsequenz dieses Verhaltens der Arbeitgeber war eine im Dezember 1889 von den Hafenarbeitern einberufene Versammlung von insgesamt 13 verschiedenen Berufsfachvereinen in der Stadt zur Gründung eines gewerkschaftlichen Rechtsschutzvereins.[37]

Die Notwendigkeit zu solchen gewerkschaftlichen Zusammenschlüssen wurde von den Arbeitern nun immer mehr erkannt und schon 1895 waren über 2.000 Flensburger Arbeiter im Allgemeinen Arbeiterverein und in den 28 gewerkschaftlichen Vereinen organisiert.[38] Sozialdemokratie und Gewerkschaften hatten sich bis 1890 so weit entwickelt und durchgesetzt, daß sie nun zu ernsthaften Gegenspielern in der sozialen und politischen Auseinandersetzung wurden. In der Wahlbewegung zu den Reichstagswahlen zwischen 1872 und 1890 soll dieses Phänomen nachgezeichnet werden.

Blick auf den Flensburger Hafen über den alten, im Stile des Hafenpavillons von Wladiwostock erbauten Dampfschiffahrtspavillon. Von der ruhmreichen Vergangenheit der alten See- und Handelsstadt Flensburg künden die zahlreichen im Hafen liegenden Segelschiffe. Seit 1870 jedoch hatte sich das Wirtschaftsleben der Stadt vollkommen gewandelt, Flensburg war eine halbe Industriestadt geworden. Schon 1882 ernährte der Sektor Industrie und Handwerk über 13.900 Erwerbstätige plus Familienangehörige (41,7 Prozent). Diesem standen im gleichen Jahr bei der Berufszählung nur ca. 7.200 vom Handel lebende Flensburger gegenüber (19,5 Prozent).

[32] Vgl. Gerd Vaagt, Die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Flensburg im 19. Jahrhundert, in: Peter Christian Hansen und der Flensburger Arbeiter-Bauverein (Kleine Reihe der Gesellschaft für Flensburger Stadtgeschichte Heft 14), Flensburg 1986, S. 26 f.

[33] Horst Windmann, Die Gründung des Flensburger Arbeiterbauvereins 1878, in: Peter Christian Hansen ..., a.a.O., S. 44 — Bis 1890 wurden vom ABV 39 Häuser mit 92 Wohnungen errichtet (Zahlen entnommen aus dem Anhang) Der Flensburger Arbeiterbauverein war wohl der bekannteste Verein, der sich der Wohnungsnot in der Stadt annehmen sollte. Letztlich aber erwies sich auch dieser Versuch

Die sozialdemokratischen Wahlerfolge in Flensburg 1872 und 1874 stehen im unmittelbaren Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Aufschwungphase im Zuge der Reichsgründungsperiode, von der auch das Wirtschaftsleben der Stadt entscheidend profitierte. Viele Arbeitskräfte strömten in die Stadt, vor allem aber qualifizierte Facharbeiter. Eine hohe Streikbereitschaft bewirkte oftmalige Lohnerhöhungen, die nur dazu reichen konnten, die gestiegenen Lebenshaltungskosten zu kompensieren, was oft noch nicht einmal gelang.[39]

Am Beispiel des Baugewerbes in der Stadt kann u.a. festgestellt werden, wie sehr die Wachstumsimpulse in der Zeit des Gründerbooms sozialistische und gewerkschaftliche Tendenzen in einem traditionsreichen Handwerksberuf förderten. Die Bauhandwerker waren 1872/73 die eifrigsten Streiter in der Lohnbewegung. 1872 erreichten sie eine Lohnerhöhung, 1873 eine Verminderung der Arbeitszeit, *„sowie den Satz von 5 Silbergroschen Vergütung für jede Stunde Mehrarbeit."*[40] Schon früh prägte sich das Bewußtsein zur gewerkschaftlichen Organisation aus. 1875 zählte der Verein des Allgemeinen Deutschen Maurer- und Steinhauerbundes in der Stadt 77 Mitglieder.[41]

Es muß das Gefühl vorhanden gewesen sein, in der sozialistischen Bewegung den politischen und in den Gewerkschaften den berufsspezifischen Interessenvertreter gefunden zu haben. Im Mai 1872 waren 199 Flensburger im ADAV organisiert.[42]

Aus diesem Gefühl der Stärke und der Solidarität muß auch der Wahlkampf und die Agitation der Wahl 1872 für den Kandidaten Hasenclever eingeschätzt werden.

Nach den Angaben der Flensburger Nachrichten wurde die Stadt durch eine bisher unbekannte Agitationsbereitschaft der Sozialisten in *„großes Erstaunen"* versetzt. Dieses sei hauptsächlich der *„Wühlarbeit lassalleanischer Kommunisten"* zu verdanken.[43]

Der Wahlkampf für Hasenclever, der niemals persönlich aufgetreten war, wurde mit ungeheurem Eifer und Optimismus betrieben, da man von seiten der sozialistischen Aktivisten festzustellen glaubte, daß die Stimmung besonders günstig wäre.

„Es gilt nicht der Kampf der Nationalitäten gegeneinander, wie es früher immer der Fall war, es wird nicht heißen: ‚Hie dänisch — hie deutsch!' Nein, diesmal heißt die Parole: ‚Hie Arbeit — hie Kapital!'" Ja, man glaubte sogar in die Stichwahl gelangen zu können, und auch wenn es nicht zum Sieg reichen sollte, so werde das *„Proletariat in Ehren unterliegen"*.[44]

Hasenclever wurde sogar von dänischen Sozialisten unterstützt, die die dänisch gesinnten Wähler in Flensburg dazu aufforderten, durch ein Votum *„auf einmal ihren Patriotismus und ihr Klasseninteresse (zu) befriedigen."*[45]

Diesem Agitationseifer begegneten die Flensburger Bürger resp. die Flensburger Zeitungen, die im Sinne der „nationalen Sache" heftig in den Wahlkampf eingriffen, mit Ruhe und Gelassenheit. So hieß es z.B., daß man auch von seiten des Bürgertums alles daransetzen müsse, um Hasenclever entgegenzutreten, einem Kandidaten, der von *„außen"* käme, die Aufhebung jeglicher Ordnung herbeiführen wolle und *„die Herrschaft der*

als ein untaugliches Mittel, die Probleme ein für allemal zu lösen. Zudem schloß der Verein durch sein Statut gerade diejenigen Arbeiter aus, die ohnehin zuwenig Geld verdienten und demzufolge gerade unter den erbärm lichsten Verhältnissen leben mußten. Vgl. dazu: IHK 1889, S. 4 f.

[34] Vgl. Generalberichte über das öffentliche Gesundheitswesen der Provinz Schleswig-Holstein für das Jahr 1879, erstattet von Dr. J. Bockendahl, Kiel o.J.

[36] IHK 1889. S. 4 f.

[37] Vgl. Windmann, Flensburg von 1864 ..., a.a.O. S. 380; LAS 309, Nr. 12590.

[38] LAS 309, Nr. 12538 Verzeichnis der sozialdemokratischen Vereine und Gewerkschaften in Flensburg (1897).

[39] Vgl. allgemein für das Kaiserreich D. Lehnert, a.a.O. S.64 f.

[40] IHK 1873, S. 3ff.

[41] LAS, 309, Nr. 441.

[42] Wie Anm. 3 a.

[43] FN 121, 27. 5. 72.

[44] Nach Neuer Sozial Demokrat 1872, Zit. bei Andersen, a.a.O. S. 328.

[45] Ebd., Zit. auch bei Gerd Callesen, Die Schleswig-Frage in den Beziehungen zwischen dänischer und deutscher Sozialdemokratie von 1912 bis 1924, Diss. Phil Kiel 1970 (hg. von der Heimatkundlichen Arbeitsgemeinschaft für Nordschleswig Heft 21, Jahrgang 1970), S. 16.

Commune, wie wir sie in Paris in ihrer ganzen Schrecklichkeit gesehen haben, anstrebt." Da auch ein Teil der dänischen Wähler die Sozialisten unterstützen würde, müsse durch eine hohe Wahlbeteiligung dieser Angriff abgewehrt werden. Es gehe darum, „*vor ganz Deutschland Zeugnis abzulegen,*" daß der Wahlkreis „*sich eins weiß mit dem Mutterland.*"[46]

Als sozialistische Agitatoren im Landkreis Flensburg sogar Schulkinder auf dem Nachhauseweg mit Stimmzetteln und anderem Material versorgt hatten, äußerte die Zeitung gleichsam beruhigend die Ansicht:

„*Wenn auch für den Arbeiter sowohl wie für den Landmann noch manches zu wünschen ist, so wird doch der ruhig denkende Angeliter gewiß nicht mit solchen Hitzköpfen durchgehen, die alles über den Haufen werfen wollen, bevor sie besseres zeigen können.*"[47]

Es scheint, daß von seiten der maßgeblichen bürgerlichen Kreise die Kandidatur Hasenclevers unterschätzt wurde. Sicherlich war die Position des eigenen nationalliberalen Kandidaten Hinschius ungefährdet. Auch das Wahlergebnis bestätigt diese Auffassung. Von „*reichstreuer Seite*" wurde daher der Wahlkampf in erster Linie gegen den dänischen Kandidaten geführt. Dennoch kennzeichnet diese Wahl den eigentlichen Beginn der politischen Arbeiterbewegung in der Stadt Flensburg. Ein Vorfall aus dem Wahlkampf soll zeigen, wie stark sich Teile der Arbeiter zum Zeitpunkt der Wahl gefühlt haben müssen, wie sehr sie mit den Sozialisten sympathisierten und jene daraus ihren Optimismus für ihre Sache bezogen haben. Bei zwei Wählerversammlungen am 24.05.1872 kam es zu Tumulten, zwei sozialistische Agitatoren wurden verhaftet (die Flensburger Bach und Schulz, die zu den ersten Aktivisten am Ort zählten). Am Nachmittag des Tages wurde, nachdem eine sozialistische Volksversammlung polizeilich aufgelöst worden war, eine dänische Wählerversammlung regelrecht gestürmt. Alles endete in einer wüsten Schlägerei. Die Polizei erschien und verhaftete weitere zwanzig Mann, von denen vier später zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt wurden.

Die Flensburger Nachrichten notierten (nach der Festnahme des Schneiders Schulz):

„*Der ganze Strom des Volkes bewegte sich nun mit Gesang durch die Stadt, so daß Ruhestörungen zu befürchten waren, weshalb Patrouillen durch die Straßen marschierten und diese teilweise absperrten, bis sich nach und nach das Publikum verlief, ... Schließlich sei es bemerkt, daß der Skandal leicht einen ernsten Ausfall genommen haben könnte, in dem die Zeugen sich eidlich dahin ausgesprochen haben, daß der Oberpolizeidiener Lafrentz, wenn ihm keine Hilfe geworden wäre, wahrscheinlich unter den rasenden Demokraten das Leben eingebüßt hätte.*"[48]

Einen derartigen Auflauf hatte man in der Stadt lange Zeit nicht mehr erlebt. Aus der Mitte einer Volksversammlung heraus waren zwei Teilnehmer (bekannte einheimische sozialistilsche Agitatoren) verhaftet worden, aus für die Masse wohl uneinsichtigen Gründen. Für kurze Zeit beherrschte der „Pö-

[46] FN 117, 23. 5. 72.
[47] FN 119, 25. 5. 72.
[48] FN 121, 27. 5. 72, auch Andersen, a.a.O., S. 329 und Regling, a.a.O. S. 168 f.

bel"[49] die Straßen der Stadt, versetzte Bürger in Angst und Schrecken. Andererseits fühlte man sich in der Masse stark. Hatte man nicht erst unlängst wieder Lohnforderungen durch Streik durchgesetzt, ja sogar Arbeitszeitverkürzungen? Hatte man sie darin nicht gewähren lassen, weil die Arbeitgeber erkennen mußten, auf die guten Arbeiter nicht verzichten zu können?

Es war dies ein spontanes Aufbegehren, ein „vorpolitischer Protest" einer noch in den „Kinderschuhen" steckenden sozialen Klasse, mit all den Charakteristika, die E. P. Thomson für das Verhalten der englischen Unterschichten des 18. Jahrhunderts festgestellt hat: Anonymität (durch die Masse), *„Gegentheater"* durch Drohungen und Aufruhr gegen die sich in Person der Polizeibediensteten wehrende herrschende Klasse und die Fähigkeit zur schnellen, direkten und spontanen Aktion.[50]

Natürlich wurden durch derartige Aktionen und Ereignisse „Massen" angezogen (wie das Wahlergebnis dokumentiert), auf die eine Parteiorganisation in Zukunft sicherlich nicht aufbauen konnte, deren Zustimmung bei Wahlen auch höchst ungewiß blieb. Die Teilnahme an spontanen oder auch inszenierten Aktionen bedeutet keinesfalls die bewußte Entscheidung für eine Organisierung in Partei oder Gewerkschaften. Zu differenzieren ist zwischen derartigen Aktionen auf der einen Seite, deren Einmünden in solidarische Handlungen mit Gleichgestellten und der Gründung eigenständiger Organisationen, bzw. dem Beitritt zu diesen. Dieses Verhalten von „Arbeitermassen" jedoch ist typisch im Entwicklungsprozeß der frühen Arbeiterbewegung. Die sozialistischen Agitatoren waren jedenfalls hochzufrieden mit den Früchten ihrer Arbeit. Sie hatten Aufmerksamkeit erregt — der Tumult war von ihnen, wenn auch nicht bewußt inszeniert, so doch auf jeden Fall indirekt befördert worden. Die Zeichen standen auf Sieg und so telegrafierten am Abend des Tages die beiden in die Stadt gekommenen Agitatoren Hasselmann und Radenhausen hocherfreut an die Redaktion des Neuen Sozialdemokraten: *„Versammlung aufgelöst, Bach verhaftet ohne Grund. Die Stimmung vortrefflich!"*

Ein durchschlagender Wahlerfolg, so wie verschiedentlich in der Agitation geäußert und erhofft, blieb Hasenclever versagt. Im ganzen Wahlkreis (Flensburg — Apenrade) erhielt er 995 Stimmen, davon 492 Stimmen in der Stadt und 372 Stimmen im Landkreis Flensburg. Die Spitzenposition des dänischen Kandidaten Krüger (1.066 Stimmen) blieb in der Stadt unangefochten. Nur unwesentlich weniger Zuspruch fand der Nationalliberale Hinschius mit 1.036 Stimmen. Er wurde auch letztlich gewählt, mit genau 6.000 Stimmen, davon im Landkreis Flensburg 4.059 Stimmen, ein Ergebnis, das Krüger, trotz seiner Majorität im Landkreis Apenrade, nicht gefährden konnte.[51]

Die nun folgenden Jahre bis 1878 waren gekennzeichnet durch ein *„Auflösungs- und Neugründungsfieber"*, da der Druck und die Verfolgung der sozialistischen Bewegung durch die Behörden sich verschärfte. Schon die Gründungsversammlung des Wählervereins war 1872 durch die Polizei aufgelöst worden, wenige Tage wurde die Mitgliedschaft *„neu gegründet,*

[49] Der Begriff „Pöbel" ist an dieser Stelle durchaus positiv zu verstehen, in etwa gleichzusetzen mit dem „einfachen Volk", oder der „unorganisierten Masse", die spontan und ohne irgendeine Anleitung auf die Straße ging, um dort lauthals ihren Protest auszudrükken. Wer sich hierzu näher informieren möchte, dem sei das Buch: Manfred Gailus (Hg.), Volkstumulte und Pöbelexzesse in Berlin. Zur Sozialgeschichte der Straße (1830-1880), Berlin 1983 empfohlen, darin insbesondere die Aufsätze von Gailus, Lindenberger, Scholz und Schartl.

[50] Vgl. E.P. Thompson, Plebeische Kultur und moralische Ökonomie. Aufsätze zur englischen Sozialgeschichte des 18. und 19. Jahrhunderts hg.von Dieter Groh, Frankfurt 1980, bes. S. 192 ff.

[51] Vgl. die Tabelle über die Wahlergebnisse am Ende des Aufsatzes.

am 7. April schon wieder aufgelöst, der Wahlverein danach verboten, dann doch wieder zugelassen und nach der Wahl am 24. Juni wieder verboten."[52] Zwischen 1872 und 1878 hat es insgesamt acht sozialistische bzw. sozialdemokratische Vereine gegeben. 1875, kurz vor dem Gothaer Vereinigungsparteitag, hatte der am 7. Februar des gleichen Jahres gegründete sozialdemokratische Verein 87 Mitglieder. Hinzu kamen 77 Mitglieder in der Maurer-Gewerkschaft, 39 in der Schuhmacher-Gewerkschaft, 25 im Verband der Klempner, 19 im Allgemeinen Deutschen Former-Bund und 25 im Verein für Sattler und Berufsgenossen, *„welche sämtlich mehr oder weniger den sozialdemokratischen Tendenzen huldigen."*[53]

Doch die Arbeit fortzusetzen, wurde immer schwieriger. Zudem hatten die bisher rührigsten Agitatoren die Stadt nach der Wahl verlassen,[54] wurden aber zur Vorbereitung der Wahlen 1874 durch neue abgelöst. Insgesamt kann festgestellt werden, daß man nun erheblich vorsichtiger agitierte, da man immer wieder Gefahr lief, wegen Verunglimpfung, Beleidigung u.a. verhaftet und angeklagt zu werden.[55] Der Expedient der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung, Walther, gab 1875 in Itzehoe offen zu, daß erhebliche Verwirrung in die *„äußere Organisation"* gekommen wäre, auch wenn im Stillen weitergearbeitet wurde.[56]

Man war in die Defensive gedrängt. Die Stadt blieb ja doch klein und überschaubar. Jeder der auffiel, lief Gefahr, seinen Arbeitsplatz zu verlieren. Die Verhältnisse hatten sich, besonders nach Eintritt der Wirtschaftskrise, vollkommen umgedreht. Wer einmal auf diese Art und Weise arbeitslos wurde, hatte wohl kaum wieder Gelegenheit, in der Stadt neue Beschäftigung zu finden.

Dennoch war die Wahl 1874 für die Partei sowohl für Schleswig-Holstein wie auch in der Stadt Flensburg die erfolgreichste in den siebziger Jahren. Im Wahlkreis 2 erhielt der erneut kandidierende Hasenclever 1.216 Stimmen. In Flensburg selbst allerdings blieb der Zugewinn ausgesprochen mager (nur 32 Stimmen mehr), während besonders im Landkreis Flensburg, dank einer unermüdlichen Landagitation, die Stimmenzahl von 372 auf 626 anstieg — Ausdruck des Protestes der Landarbeiter dort gegen die fortwährenden sozialen Bedrückungen in ihrem Alltagsleben, bei nur geringen Löhnen, miserablen Wohnverhältnissen und schlechter Behandlung seitens ihrer bäuerlichen Arbeitgeber.[57] In den Wahlbezirken Gelting (22 Stimmen), Rundhof (27), Kleinsandbeck (35), und Stutebüll (29), den Bezirken, in denen die großen Güter mit einem entsprechend hohen Anteil an Landarbeitern lagen, erreichte Hasenclever verhältnismäßig viel Zustimmung; ebenso aber auch in den Bezirken um die Stadt Flensburg herum, Duburg (36 Stimmen), Fischerhof (47) und Hohlwege (52), insgesamt 135 Stimmen, dieses ein Wählerzuspruch, der in erster Linie „Arbeiterwählern" zu verdanken war, die sich hier in bedeutender Anzahl niedergelassen hatten und täglich in die Stadt pendelten.[58]

Von seiten der Parteiführung hatte man der Wahl 1874 große Bedeutung zugemessen. 1872 war für den Wahlkampf in Altona

[52] Regling, a.a.O., S. 168.
[53] LAS 309, Nr. 441.
[54] Andersen, a.a.O., S. 331.
[55] Dies stellt fest: Gerd Krämer, Mann der Arbeit aufgewacht — Die Altonaer und Ottensener Gemeinden des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins in: Demokratische Geschichte. Jahrbuch zur Arbeiterbewegung und Demokratie in Schleswig-Holstein Band II, Kiel 1987, S. 13-54, hier S. 48.
[56] Regling, a.a.O. S. 204.
[57] Ebd., S. 184, vgl. auch allgemein für Schleswig-Holstein die Arbeit von Holger Rüdel, Landarbeiter und Sozialdemokratie in Ostholstein 1872 bis 1878, Neumünster 1986, bes. S. 90ff und die schon einmal zitierten Generalberichte über das Gesundheitswesen (Anm. 34).
[58] Für die Wahlergebnisse FN 10, 13. 1. 74.

eine Agitatorenschule gegründet worden, um die Redner auf die Arbeit in den Kreisen vorzubereiten und die *„tagespolitische Anwendbarkeit der lassalleschen Theorie zu fördern."*[59] Frühzeitig wurde mit der Agitation begonnen, dabei teilweise auch neue Verfahren erprobt. Da eigene Veranstaltungen oftmals schon im Vorwege verboten wurden, erschien man auf Versammlungen anderer Parteien und versuchte diese umzufunktionieren — sowohl bei der Bürowahl (der Bestellung des Versammlungsleiters) als auch bei Schlußresolutionen.[60] Die Parteiagitatoren konnten dabei anscheinend recht ungehindert vorgehen. Bei einer Volksversammlung der Sozialisten in Sörup (Kreis Flensburg) jedoch drehten die anwesenden Bauern den Spieß um, wie die Presse schadenfroh berichtete. Hier trat der Agitator Brückmann aus Altona auf und hielt einen leidenschaftlichen Vortrag, der ihn so erschöpfte, daß er teilweise in seinem Redebeitrag *„innehalten mußte"*. Im Anschluß kam es zu einer äußerst lebhaften Diskussion unter anderem mit im Landkreis Flensburg sehr geachteten Bauern. (Otzen — Löstrup, Jakobsen — Südensee, Möllgard — Wippholm und Jensen — Ausacker), die den Redner *„in scharfer und treffsicherer Weise widerlegen und Aufklärung über gewisse Äußerungen erbeten."* Die am Ende stattfindende Abstimmung zur Unterstützung von Hasenclever war indes eine große Enttäuschung für Brückmann, denn der große Teil der Anwesenden votierte *„einmütig"* für Hinschius, den nationalliberalen Kandidaten.[61]

Trotzdem aber muß Brückmann in Sörup einen guten Eindruck hinterlassen haben; Hasenclever erhielt hier (und in Sörupmühle) 51 Stimmen, soviel wie sonst nirgendwo im Landkreis.[62]

Nur vereinzelt jedoch kam es zu derartigen Gegenaktionen gegen die sozialistischen Agitatoren. Man wollte sich mit den Sozialisten nicht auseinandersetzen, sah darin kein drängendes Problem im Wahlkampf und war damit beschäftigt, eine bürgerliche Interessenkoalition gegen den erneut aufgestellten dänischen Kandidaten Krüger zusammenzubringen. Von der Landespartei hatte sich nämlich der Flensburger Bürgermeister a.D. Bremer aufstellen lassen, wodurch eine Zersplitterung der „deutschen Stimmen" zu befürchten war.[63] Das mußte verhindert werden. Dabei durfte man andererseits die Gräben nicht zu weit aufreißen, galt es doch in der Stichwahl zusammenzustehen.

Befürchtet wurde, daß sozialistische Wähler den dänischen Kandidaten hier unterstützen würden, denn Hasenclever hätte, so die Flensburger Nachrichten, die *„Ordre ausgegeben"*, alle *„oppositionellen Kandidaturen"* zu unterstützen. *„Daß diesem Befehl Folge geleistet wird, dafür bürgt die treffliche Disziplin der sozialdemokratischen Partei, die jeder anderen Partei zum Muster dienen kann."*[64]

Dies hinderte die Sozialisten jedoch nicht, den Wahlkampf zunächst zielgerichtet gegen den dänischen Kandidaten Krüger zu führen. So wurde z.B. schon 1873 von „Flensborg Avis" darüber geklagt, daß die Sozialisten überhaupt kein Verständnis für nationalpolitische Belange aufweisen würden. Und zur

[59] Vgl. Krämer, a.a.O., S. 31.
[60] Regling a.a.O., S. 185 — In Flensburg führte der Versuch bei einer Wählerversammlung — wie gezeigt — zu einem Krawall.
[61] FN 4, 6. 1. 74.
[62] FN 10, 13. 1. 74.
[63] FN 5, 7. 1. 74.
[64] FN 15, 18. 1. 74. Schon zuvor hatte Reg.Präs. von Bitter gefordert, daß sich die „reichstreuen Wähler" ähnlich organisieren sollten wie die Sozialdemokraten, um erfolgreich agitieren und bestehen zu können: Regling, a.a.O., S. 187 f.

Wahl schrieb ihr Agitator Brückmann einen Brief an die Redaktion der Zeitung, der auch, wenngleich kommentiert, veröffentlicht wurde. Hier forderte Brückmann die dänische Partei dazu auf, die Sozialdemokratie zu unterstützen, da auch sie für das „Selbstbestimmungsrecht" eintreten würde.[65]

Aus dem Wahlprogramm der Partei, das per Flugblatt im ganzen Land verteilt wurde, geht u.a. auch hervor, daß man es auf weitere, auch liberale Bürgerschichten abgesehen hatte. Neben anderem wurde gefordert: *„Wahlrecht auch für Soldaten und Herabsetzung des Wahlalters unter 25 Jahre, denn bei diesem Alter seien die Arbeiter benachteiligt, die nur ein Durchschnittsalter von 28 Jahren erreichten, ... Verlegung des Wahltages auf einen Sonn- oder Feiertag, Verschwinden der Einzelstaaten; Aufbesserung der Lehrergehälter; Aufhören der geistlichen Schulaufsicht; Einheitsschule, Volksfreiheit..."*[66]

Besonders hervorgehoben wurden auch die Forderungen nach allgemeinem, gleichem und direktem Wahlrecht, Pressefreiheit, freiem Vereins- und Versammlungsrecht, Verwirklichung von Arbeitsschutzgesetzen und Abschaffung der Frauen- und Kinderarbeit.[67]

Die 1.216 Stimmen, die Hasenclever erreichen konnte, zeigen, wie erfolgreich der Wahlkampf geführt wurde und wie sehr im linken politischen Spektrum der Interessenvertreter gesucht wurde. Trotzdem erhielt der dänische Kandidat Krüger nicht nur in der Stadt Flensburg mit 1.284 Stimmen die Mehrheit, sondern er erzielte auch im gesamten Wahlkreis einen Vorsprung vor dem Nationalliberalen Kontrahenten Hinschius (5.264 zu 5.167 Stimmen). Für den Kandidaten der Landespartei, Bremer, votierten 1.813 Wähler, davon allein 1.433 im Landkreis Flensburg.

In der Stichwahl hielten die „deutschen Wähler" wie gewohnt zusammen. Hinschius wurde mit 7.249 Stimmen in seinem Mandat bestätigt. Dies war ein Wählerverhalten, das im Wahlkreis Tradition hatte. Die Interessen der Wähler in Stadt und Landkreis Flensburg vereinigten sich spätestens im 2. Wahlgang auf den „nationalen Kandidaten". Nur 1881, funktionierte das Zusammenspiel nicht mehr. Die nationale Entscheidung war die alles übertragende Klammer gegen die dänischen Kandidaten, die stets im Landkreis Apenrade die meisten Stimmen erhielten.

Auch 1877 wurde Hinschius auf diese Weise wiedergewählt, obwohl ihm im Flensburger Landrat von Krupka ein ernstzunehmender Konkurrent entgegengestellt war. Krupka ging es darum, dem Landkreis zu mehr Einfluß bei der Kandidatenauswahl zu verhelfen, um auf diese Weise die landwirtschaftlichen Interessen seiner Wähler besser zu vertreten. Die Lage der Landwirtschaft, besonders in Angeln, hatte sich deutlich verschlechtert, so daß er hier auf große Zustimmung hoffen konnte.[68] Vorausgegangen war eine nur mäßige Ernte infolge schlechten Wetters. Auch konnten keine hohen Preise mehr für die abzusetzenden landwirtschaftlichen Produkte erzielt werden. Reichsweit sank das durchschnittliche jährliche Arbeitseinkommen in der Landwirtschaft 1879 unter den Stand von

[65] Zit. bei Andersen, a.a.O., S. 333 f.
[66] Vgl. Regling, a.a.O., S. 188.
[67] Vgl. Krämer, a.a.O., S. 48.
[68] FN 4, 6. 1. 77.

1872 ab. Eine Entwicklung, die sich langsam anbahnte und ab 1879 dann durch die forcierte Schutzzollpolitik abgebremst werden sollte. Im Landkreis Flensburg jedoch konnten die Sozialdemokraten hierdurch keinen weiteren Stimmenerfolg verbuchen, ja ihr Anteil ging sogar um über die Hälfte zurück.

In der Stadt aber befand sich die Arbeiterbewegung weiter im Aufwind. Trotz aller Verfolgung durch die Behörden verstanden sie, ihre Organisation aufrecht zu erhalten. Kurz bevor 1875 in Gotha der Vereinigungsparteitag von ADAV und der von Marx und Engels unterstützten Sozialdemokratischen Arbeiterpartei stattfand, war ein sozialdemokratischer Arbeiterverein mit 87 Mitgliedern entstanden, der seit 1877 unter dem Namen „Volksverein" bis zum Ende des Sozialistengesetzes 1890 bestanden haben soll.[69] Die bisherigen sozialdemokratischen Wahlerfolge hatten nicht nur die Regierung und Behörden alarmiert, die mit Druck und Verfolgung reagierte. So boykottierte die Militärverwaltung z.B. 1876 eine Reihe von Wirtshäusern in der Stadt, in denen sozialistische Zeitungen auslagen.[70] Auch die Öffentlichkeit reagierte nun entsprechend, und vor allen Dingen die Zeitungen gingen dazu über und nahmen den Kampf in zahlreichen Artikeln auf.

Der kündigte sich 1876 an, als die Flensburger Nachrichten davor warnten, *„die Sozialdemokraten noch immer als ‚Lumpenproletariat' anzusehen"*[71] In mehreren Leitartikeln beschäftigte man sich in scharfer Form mit den Ideen und Zielen der Sozialdemokratie. Zum Handwerkerprogramm beispielsweise hieß es:

„Der Sozialist verwirft jeden selbständigen, kleinen Betrieb. Alles soll Großproduktion werden, die kleinen Wirtschaften und Werkstätten verschwinden. Während alle anderen politischen Parteien über die Mittel nachsinnen, durch welche der Handwerkerstand neben der Fabrikindustrie gehalten werden kann, so denkt sich der Sozialist die Welt als eine große Fabrik, in welcher jeder einzelne ein unselbständiges Rad der ungeheuren Maschinerie ist. Das Kleingewerbe hört vollständig auf; wie der Fabrikant so wird auch der Handwerker enteignet."[72]

Vermischt wurde diese Auseinandersetzung zugleich mit der Aufforderung an alle, die Notlage der Arbeiter zu verbessern, denn nur so könnten sie auf Dauer von der Sozialdemokratie ferngehalten werden. 1875, im Zuge der Versuche, der sozialdemokratischen Agitationsbewegung im Land eigene Agitatoren, sogenannte Wanderlehrer, entgegenzusetzen, resümierte die Flensburger Norddeutsche Zeitung:

„Hier, wo die Parteiführer immer einer ihnen blind gehorchenden Schar sicher sind, welche wieder die große indifferente Menge beherrscht und mit sich fortzieht, ist eine Widerlegung der sozialdemokratischen Phrasen, wenn nicht unmöglich, so doch nutzlos."

Stattdessen müsse die Masse zu *„selbständigem Denken"* gebracht werden. Daher erging die Aufforderung, den Verein für Volksbildung noch tatkräftiger als bisher zu unterstützen.[73]

In einem *„Wort zur Mahnung an die deutschen Arbeiter"* bemerkten die Flensburger Nachrichten, daß sich die Notlage nur dann verbessern ließe, wenn man selber fleißig wäre, sich

[69] Vgl. Dorrit Andersen, a.a.O., S. 332 f; LAS 309, Nr. 441.
[70] Vgl. Andersen, a.a.O., S. 332 f.
[71] Regling, a.a.O., S. 201.
[72] FN 303, 24.12.76.
[73] Zit. bei Regling, a.a.O., S. 199.

fortbilde und den Alkohol meide. Vor Vergnügungen, insbesondere in Wirtshäusern und Kneipen, wurde dringend gewarnt, da hier das Geld, das man so dringend zum Leben brauche, sinnlos verschwendet werde.

„Wie wenige Arbeiter sind es, die ihre Sonntagsruhe zur eigenständigen Weiterbildung nutzen, die fleißig und sparsam von ihrem Verdienst etwas zurücklegen."[74]

Trotz tatkräftiger Unterstützung durch die dänische Arbeiterpartei, namentlich durch deren Parteiführer Louis Pio, blieb der Sozialdemokratie ein weiterer Erfolg verwehrt. Im ganzen Wahlkreis büßte man fast 300 Stimmen ein. Im dänischen „Social-Demokraten" hatte Pio im Namen der dänischen Partei einen Aufruf an die *„schleswigschen Brüder"* veröffentlicht, der in 10.000 Exemplaren von einem dafür extra begründeten Komitee in Flensburg verteilt wurde.

„Schleswigsche Brüder! Es kann unmöglich Eurer Aufmerksamkeit entgangen sein, daß das Volk in Dänemark, Eure früheren Landsleute, in diesen Zeiten einen harten Kampf zur Verteidigung der wenigen Freiheiten führt, die wir 1849 erreichten. ...

Daher zögern wir dänischen Arbeiter nicht, Euch zu raten, alle Zusammenarbeit mit Großbürgern und Kapitalisten aufzugeben, auch wenn sie die gleiche Sprache sprechen, wie Ihr, und Euch der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Deutschland anzuschließen. Ihr könnt restlos davon überzeugt sein, daß Ihr, wenn Ihr die sozialdemokratischen Kandidaten bei der kommenden Wahl durchsetzt, sowohl Eurer Nationalität wie Eurem eigenen Wohl den größten Dienst tut und den deutschen Großbürgern die schlimmste Niederlage zufügt, die möglich ist."[75]

Zwar war man sich in der Partei wohl bewußt, daß es auch dieses Mal für den Kandidaten Brückmann (Altona), nicht zum Sieg reichen würde. Doch wurde gerade hierin eine gute Möglichkeit gesehen, die sozialdemokratischen Prinzipien weithin bekannt zu machen, da es im Wahlkreis fast unmöglich geworden war, Säle für Veranstaltungen zu mieten, bzw. öffentliche Versammlungen durchzuführen.[76]

Die Auseinandersetzung zwischen dem dänischen Wählerverein und Louis Pio setzte sich noch eine Zeit lang fort und erbitterte besonders dänische Kreise in Flensburg. Mehr als bisher führte nun deren Zeitung „Flensborg Avis" den Wahlkampf gegen die Sozialdemokratie und sprach von *„einem Angriff von hinten"*, von Überläufern, *„die die Fahne verlassen"* hätten.[77]

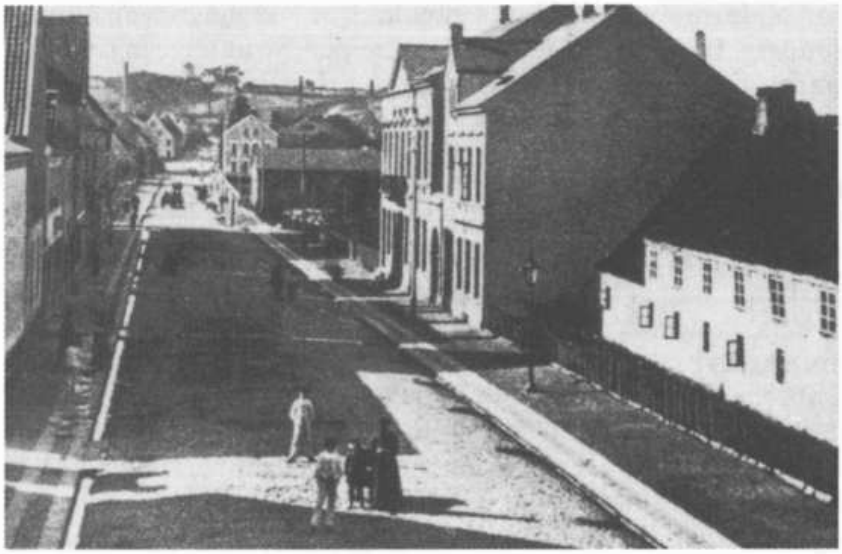
In der Stadt konnte Brückmann nur wenige Stimmen hinzugewinnen. Für ihn stimmten 585 Wähler. Im Landkreis Flensburg verlor er jedoch über die Hälfte der 1874 erzielten Stimmenzahl. Dies ist einerseits dadurch zu erklären, daß im Jahre 1874 einige Wahlbezirke des Landkreises in die Stadt Flensburg eingemeindet wurden (Duburg, Fischerhof und die Hohlwege mit seinerzeit 135 Stimmen). Auch in den Gutsbezirken erreichte er wesentlich weniger Zustimmung, in Rundhof nur noch 4 Stimmen, in Kleinsandbeck 31 und in Stutebüll 16, während in Gelting nochmals 10 Wähler mehr für ihn votierten. In Sörup und Sörupmühle, wo Hasenclever 1874 noch 51 Stimmen erzielen konnte, verlor Brückmann nun über 30 Wähler.

[74] FN 303, 24.12.76.

[75] Zit. bei Callesen, a.a.O., S. 18 f.

[76] Darauf verweisen Callesen, S. 19 und Regling S. 225.

[77] Vgl. Andersen, a.a.O., S. 335



Die Neustadt vom Nordertor aus gesehen um 1880. Vorne rechts das Armenhaus, in das hilfsbedürftige Flensburger eingewiesen wurden, wenn sie selbst nicht mehr in der Lage waren, für den eigenen Lebensunterhalt zu sorgen. In der Bildmitte rechts befindet sich die Eisengießerei und Maschinenfabrik Dittmann & Jensen (später Reinhardt & Meßmer). Das in der Bildmitte links etwas heraustretende Haus (Hotel Stadt Altona) lag am Dreiecksplatz. Hier mündete die Harrisleerstraße ein, eine typische Wohnstraße für Werftarbeiter und deren Familien, die im Zuge der Industrialisierung, als die Bevölkerungszahl Flensburgs nach oben schnellte, als Wohnquartier erschlossen wurde. Während diese Straße heute noch fast vollständig erhalten ist, hat in der Neustadt zum Teil eine umfangreiche Kahlschlagsanierung eingesetzt, hervorgerufen auch dadurch, daß zahlreiche Firmen ihre einstmaligen Produktionsstätten aufgegeben hatten und in die neuen Industriegebiete am Rande der Stadt gezogen waren.

In Flensburg selbst war er im Norden der Stadt, dem Gebiet mit dem größten Arbeiteranteil besonders erfolgreich. Im Wahlbezirk 2, in den der zuvor selbständige Wahlbezirk Duburg eingemeindet wurde, erreichte er 123 Stimmen, in den Bezirken 8 (jetzt mit dem Fischerhof) und 9 — die Stadtteile St. Johannis und St. Jürgen mit den Hohlwegen — waren es 98 bzw. 54 Stimmen. Dennoch ist zu bemerken, daß in keinem Wahlbezirk das Ergebnis für den dänischen Kandidaten auch nur annähernd erreicht wurde (im Wahlbezirk 1: 135 Stimmen, Wahlbezirk 2: 212 Stimmen, Wahlbezirk 8: 123 und Wahlbezirk 9: 121 Stimmen).[78]

Verglichen mit dem Ergebnis für Schleswig-Holstein war das Resultat im Wahlkreis Flensburg-Apenrade enttäuschend. Dies führte mit dazu, daß für 1878 kein Kandidat mehr aufgestellt wurde. Von Seiten der Partei wollte man sich auf die Wahlkreise konzentrieren, in denen noch Chancen auf das Mandat bestanden. Dies wurde keinem Wahlkreis nördlich von Altona mehr zugetraut.[79]

Die Wahlen von 1878 standen zudem im Schatten des Sozialistengesetzes. Der Reichstag war aufgelöst worden, so daß in der relativ kurzen Zeit des Wahlkampfes kaum agitiert werden konnte. Im Vorwege der Wahl, als das Sozialistengesetz zum ersten Mal als Vorlage in den Reichstag eingebracht wurde, wurden z.B. *„die Arbeitgeber von den Polizeiverwaltungen und den Landräten geradezu aufgefordert, gegen die sozialdemokratischen Arbeiter einzuschreiten."* In Flensburg sollen das auch viele getan haben.[80] Tatsächlich ging es bei den Wahlen aber auch darum, der Reichsregierung in Berlin einen neuen Mehrheitsbeschaffer, d.h. willfährige und regierungstreue Mandatsträger zu sichern. Aufgrund der industriellen und agrarischen *„Wachstumsstörungen schwenkte die Reichsregierung ... um und verfolgte das Programm einer antiliberal-konservativen Sammlung, deren Pfeiler die großen Produktionsinteressen in Industrie und Landwirtschaft bildeten."*[81] So zählt diese Wahl zu den erfolgreich inszenierten Abstimmungen im Zuge des *„bonapartistischen Diktatorialregiments"* in der bismarckschen Sammlungspolitik. *„Mit Hilfe dieser kombinierten Strategie,*

[78] Flensburger Norddeutsche Zeitung (FNZ) 7, 10.1.77

[79] Andersen, a.a.O., S. 335.

[80] Ebd., S. 333

[81] Vgl. Hans Ulrich Wehler, Das Deutsche Kaiserreich 1871 – 1918, Göttingen 1973 S. 68

die durch plebiszitäre Akklamation in Abstimmungen oder Wahlkämpfen gutgeheißen wurde, sollte die Vorherrschaft traditioneller, aber auch industrieller Führungsschichten, die wiederum bestimmte politische Einschränkungen hinnehmen mußten, in einer Gesellschaft, in der vehemente Kräfte des sozialen Wandels am Werke waren, noch einmal befestigt und gleichsam über die historische Zeit verlängert werden."[82] Im Wahlkampf jedoch wurde vornehmlich das in der nächsten Legislaturperiode zu verabschiedende Ausnahmegesetz gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie zum Thema und von allen bürgerlichen Wählergruppen eindeutig begrüßt. Indes wurden auch die wahren Absichten Bismarcks erkannt, denn von liberaler Seite wurde z.B. vorgebracht, daß die Vorlage des Sozialistengesetzes sich *„zwar äußerlich gegen die Sozialdemokratie"* richte, *„im Kern der Sache aber gegen den Reichstag und dessen Mehrheit.*"[83]

In Flensburg kandidierte der bisherige Mandatsträger Hinschius (Nationalliberale Partei) nicht mehr. Er hatte sich zuvor gegen die Regierungsvorlage ausgesprochen. Bürgerlicher Gemeinschaftskandidat wurde daher zum ersten Mal ein Freikonservativer, der spätere Regierungspräsident von Bötticher. Seine Wahl war faktisch gesichert, und so erhielt er auch schon im ersten Wahlgang mit 7.072 Stimmen eine überwältigende Mehrheit.

Im Wahlkreis aber machten die Zeitungen schon darauf aufmerksam, daß das Gesetz nur einen *„äußeren Einfluß"* auf die sozialdemokratische Bewegung haben würde. Man könne Vereine, Versammlungen und anderes verbieten, doch müßten derartige Maßnahmen durch soziale Fürsorgeleistungen ergänzt werden. *„Aber mit alledem werden die Geister und Herzen derjenigen, die jener Partei angehören oder die zu ihr hinneigen, derselben nicht entfremdet. Die Sozialdemokratie ist ja nicht lediglich durch Agitation, durch Volksverführung entstanden und groß geworden, sondern sie ist leider aus der Basis unleugbarer gesellschaftlicher Schäden hervorgewachsen.*" Daher wurde ein „Radikalmittel" empfohlen: *„Man schaffe die soziale Unsicherheit der Existenz der Arbeiter aus der Welt und die sozialdemokratische Partei wird haltlos sein wie Spreu im Wind.*"[84]

Empfohlen also wurde die Politik von „Zuckerbrot und Peitsche", eine Politik, die sich ab 1881 reichsweit durchsetzen sollte (Sozialistengesetz und Sozialgesetzgebung). Auf kommunaler Ebene hatte man in der Stadt Flensburg schon frühzeitig versucht, auf diese Art der Sozialdemokratie entgegenzutreten. Diese Versuche wurden nun forciert.[85]

Zunächst gelang es dadurch, den sozialdemokratischen Einfluß weitestgehend zurückzuschlagen. Auch in der Stadt war die Organisation faktisch nicht mehr vorhanden. Es schien so, als ob auch hier *„die Parteimasse eine leichte Beute von scheinsozialistischen Bestrebungen werden könne.*"[86]

1878 waren im sozialdemokratischen Volksverein 53 Mitglieder verzeichnet, in der Metallarbeiter-Gewerkschaft 80, im Bund der Tischler 40, Allgemeiner Deutscher Schneiderverein

[82] Ebd. S. 65.

[83] Hamburger Fremdenblatt, zit. nach Laufenberg, Band 1, a.a.O., S.633

[84] FN 182, 7.8.78.

[85] Vgl. Windmann, Flensburg von 1864 ..., a.a.O., S. 378 zur Amtszeit des Oberbürgermeisters Toosby.

[86] Heinrich Laufenberg, Geschichte der Arbeiterbewegung in Hamburg, Altona und Umgebung, 2 Bände (1911 u. 1931), Nachdruck Bonn 1977; hier: Bd. 2, S. 86.

37, Bund der Arbeitsleute 18, Schuhmacher-Gewerkschaft 26 und Central-Verein der Gewerkschaft 11 Mitglieder (alle zwischen den Monaten Februar 1875 und November 1877 gegründet). Hinzu kamen ein Arbeiter-Sänger-Bund und ein Bildungsverein für Arbeiter mit jeweils 50 Mitgliedern. Letzterer war wohl auch ein Versuch, sich in einer nach außen hin „harmlosen" Organisation zu treffen, um im internen Kreis sozialdemokratische Ideen zu diskutieren. Bezüglich der bekannten sozialdemokratischen Agitatoren der Stadt, Mahlke, Leiding, Krause und Rosinus, stellte die Polizeiverwaltung fest, daß von ihnen keine weiteren Aktivitäten mehr ausgehen würden, so daß *„von einer Anwendung des Gesetzes abzusehen sein"* werde.[87]

Die Parteiorganisation schien am Ende. Da jedoch nach wie vor die Möglichkeit bestand, sich legal mit eigenen Kandidaten an den Reichstagswahlen zu beteiligen, wurden diese Wahlen im weiteren Verlauf zum wichtigsten Instrument im demokratischen Klassenkampf.

Die Wahlen in der Zeit des Sozialistengesetzes bis 1890

Die Nachwahlen im Wahlkreis 2 von 1879, die notwendig geworden waren, weil der freikonservative Mandatsträger von Bötticher zum Regierungspräsidenten ernannt worden war, zeigen, daß die sozialdemokratische Bewegung in der Stadt trotz aller Repressionsmaßnahmen am Leben geblieben war. Mit einer „Zählkandidatur" erreichte Brückmann noch 254 Stimmen, davon allein in Flensburg 235 Stimmen. Die dänische Partei hatte sich nicht an der Wahl beteiligt, und dabei eine *„treffliche Organisation"* gezeigt.[88]

Überhaupt waren die Zeitungen überrascht und bekümmert über die niedrige Wahlbeteiligung, was nicht nur auf den Entschluß der Dänen zurückgeführt wurde, sondern auch der *„Lauheit der städtischen Wähler"* zu verdanken gewesen sein sollte.[89] Ein Blick auf die Wahlbeteiligung bei allen hier erwähnten Abstimmungen zeigt zunächst für ganz Schleswig-Holstein, daß in der Phase zwischen 1871/72 und 1890 die Politisierung der Bevölkerung deutlich zugenommen hatte und der politische Partizipationsprozeß aller Bevölkerungsklassen gefördert wurde.[90] Landesweit stieg die Ziffer von 42% auf über 47%.

Im Wahlkreis 2 waren die Gewichte etwas anders verteilt. Nicht die *„Klassenauseinandersetzung"* sondern der *„nationale Kampf"* zwischen Dänen und Deutschen bewirkte die schon zu Anfang hohe Wahlbeteiligung. Kam es zu Stichwahlen zwischen zwei „deutschen Kandidaten", so ging sie entsprechend zurück. Als im Jahre 1879 kein dänischer Kandidat aufgestellt worden war, votierten gerade noch 6.625 Wähler im 1. Wahlgang und 7.595 im 2. Wahlgang, gegenüber 13.371 Wählern im Jahre 1877.

Erst ab 1884 wird wiederum ein Aufwärtstrend sichtbar. Die Wahlbeteiligung stieg von 61% über 67%, 71,2% auf 75,2% im Jahre 1890. Da in dieser Phase der Stimmenanteil der Dänen sehr stark zurückgegangen war (von 6.410 im Jahre 1881 auf 3.241 im Jahre 1890), so ist die hohe Wahlbeteiligung auf den zunehmenden Einfluß und das Wiedererstarken der Sozialdemokratie zurückzuführen.

[87] LAS 309, Nr. 315, Polizeiverwaltung Flensburg vom 8.8.78
[88] FNZ 275, 23.11.79
[89] FNZ 277, 25.11.79
[90] Vgl. FN 286, 6.12.79. Um die Person des Kandidaten von Bötticher entspann sich eine rege Leserdiskussion in der Zeitung, vgl. FN 260 und 261 vom 6./7.11.79.

1879 war die Wahl jedoch eine „innerdeutsche Entscheidung", und Hinschius (nationalliberal) setzte sich mit Hilfe der Wähler in der Stadt Flensburg im 2. Wahlgang gegen den Regierungspräsidenten von Bötticher durch, der bei der Wahl als *„Mann der Regierung"* aufgetreten war.

Der Sieg des dänischen Kandidaten Gustav Johannsen im Jahre 1881 war eine denkwürdige Niederlage für die „reichstreuen" Wählervereine und deren Kandidaten. Zurückzuführen ist das auf erhebliche Differenzen im „nationalen Lager". Die Wahl war überschattet von den bismarckschen Schutzzollmaßnahmen, die besonders in der Stadt Flensburg, die aufgrund der Wirtschaftsstruktur und der zahlreichen Außenwirtschaftsbeziehungen am freien Wirtschaftsverkehr interessiert war, heftig kritisiert wurden. Im Gegensatz dazu war man jedoch im Landkreis Flensburg gerade an einer wirksamen Zollpolitik interessiert. Gustav Johannsen hatte sich dagegen klar und eindeutig gegen jegliche wirtschaftliche Reglementierungen ausgesprochen und erschien so plötzlich in der Stadt als Kandidat auch für liberale Wählerkreise interessant zu sein.[91]

Im Wahlkampf wurden auch die bismarckschen Reformpläne zur Sozial- und Krankenversicherung debattiert. So wollte der freikonservative Kandidat, Landgerichtsrat Nissen, vor allen Dingen dafür Sorge tragen, daß diese Reformvorhaben auch verwirklicht werden.

„Wollen wir also das Reich einer gesunden und ruhigen Entwicklung entgegenführen, wollen wir das Reich finanziell selbständig machen und wollen wir namentlich, daß unsere Gemeindelasten sich vermindern, wollen wir ferner, daß unsere Arbeiter wieder gute Patrioten werden und Freude haben an Reich und Staat...?"[92] fragte Nissen in seiner Wahlanzeige.

Diesen Ansichten stand sein nationalliberaler Kontrahent Francke nicht fern. In der Zollfrage jedoch wurden konträre Ansichten vertreten. *„In der Zollfrage wird er der praktischen Erprobung des jetzigen Systems kein Hindernis bereiten, einem weiteren Ausbau würde er jedoch entgegentreten... "* hieß es in seinem Wahlaufruf. Er würde zudem einer weiteren Erhöhung einzelner Abgaben nur zustimmen, wenn diese erforderlich wären und vor allem die *„ärmere Bevölkerung"* nicht weiter belasten würde.[93]

Aufgrund der Mehrheit in der Stadt Flensburg gelangte Francke in die Stichwahl gegen Johannsen. Da jedoch seine Position zur Zollfrage alles andere als eindeutig genug gewesen war, wurde Johannsen auch in Flensburg als einziger oppositioneller Kandidat unterstützt. Dabei wird er im 2. Wahlgang sicherlich auch von vielen sozialdemokratischen Wählern gewählt worden sein. Hasenclever, der als Zählkandidat aufgestellt worden war, erreichte 353 Stimmen (100 Stimmen mehr als im Jahre 1879).

Die Flensburger Norddeutsche Zeitung kommentierte das Ergebnis:

„Das unglaubliche ist geschehen!...Wer hätte glauben mögen, daß die Pflichtvergessenheit Hunderter von Deutschen doch so groß und ihr Nationalgefühl doch so heruntergekommen ist. ...

[91] Vgl. auch Windmann, Flensburg von 1864 ..., a.a.O., S. 349.

[92] Wahlanzeige für Nissen FNZ 250, 26.10.81

[93] Dito für Francke FN 250, 26.10.81

So unerklärlich es ist, daß Anhänger der Kandidatur Nissen für den dänischen Kandidaten stimmen konnten (ein gleiches ist übrigens auch von einer nicht geringen Zahl solcher geschehen, die zuerst für Francke eintraten), so bedauerlich ist auch die vielfach vorgekommene Stimmenthaltung.“[94]

Diese Schmach durfte sich für die „nationalen und reichstreuen“ Wählervereine und Kandidaten nicht wiederholen. In einem großen Kraftakt konnte man sich so zur Wahl 1884 auf einen neuen, gemeinsamen Kandidaten einigen, den Flensburger Landgerichtsrat Gottburgsen.

Wieder wurde der Wahlkampf in der Hauptsache gegen die „Reichsfeinde“, den dänischen Wählerverein geführt. Im Wahlaufruf für Gottburgsen hieß es:

„Dieses Ergebnis der letzten Reichstagswahl hat allen Deutschen zum vollen Bewußtsein gebracht, daß sie einig sein müssen, um ein unzweifelhaftes Zeugnis dafür abzulegen, daß wir Deutsche sind und daß wir Deutsche bleiben wollen.“[95]

So konnte sich Gottburgsen schon im ersten Wahlgang gegen Johannsen deutlich durchsetzen. Für die Sozialdemokratie wurde erstmals der im ganzen Land bekannte Agitator Stefan Heinzel aus Kiel Kandidat. Doch wurde ein eigener Wahlkampf durch zielgerichtete Repressionsmaßnahmen und Verbote fast unmöglich. Wenigstens zweimal wurde eine Volksversammlung im Vorwege verboten.[96] Man glaubte, von behördlicher Seite rücksichtslos gegen die Partei und ihren Kandidaten vorgehen zu können, ohne selber befürchten zu müssen, irgendwie zurückgepfiffen zu werden. So berichtet Laufenberg vom Wahlkampf 1884:

„Kurz vor dem Schluß der Session hatte der Reichstag gegen die Gepflogenheiten der Behörden, unter Berufung auf das Sozialistengesetz Wahlversammlungen zu verbieten und Stimmzettel zu beschlagnahmen, Stellung bezogen. Der Beschluß, wonach die Anmeldung einer Wahlversammlung durch einen Sozialdemokraten auch in Verbindung mit der Ankündigung, daß in der Versammlung ein Sozialdemokrat als Redner auftrete, nicht als ein Tatbestand angesehen werden dürfe, der zu der Annahme berechtige, daß die Versammlung zur Förderung der im Sozialistengesetz bezeichneten Bestrebungen bestimmt sei, ist bereits mitgeteilt worden. Mit Rücksicht auf eine Entscheidung des Reichsgerichts, auch Stimmzettel seien Druckschriften im Sinne des Sozialistengesetzes, hatte der Reichstag der Gewerbeordnung eine Bestimmung eingefügt, die jenem Urteil den Boden entzog, so daß fürderhin die Verbreitung von Stimmzetteln auch Personen gestattet war, denen die Polizei den Schriftenvertrieb untersagt hatte. Nun mögen diese Beschlüsse des Reichstages der Sozialdemokratie im Reiche vielleicht gewisse Erleichterung in ihrem Wahlkampfe gewährt haben: in Hamburg sowohl wie in Schleswig-Holstein ist alles beim alten geblieben. ... In Schleswig-Holstein kümmerte sich die Polizei um den Beschluß des Reichstages überhaupt nicht. Sie verbot die sozialdemokratischen Wählerversammlungen nach wie vor auf Grund der alten Praxis, wie die Berichte der Wahlprüfkommission des Reichstages erkennen lassen.“[97]

[94] FNZ 267, 15.11.81
[95] FNZ 250, 24.10.84
[96] Vgl. FN 252, 26.10.84
[97] Laufenberg Bd. 2, a.a.O., S. 401 f.

Trotz dieser Behinderungen erreichte Heinzel 920 Stimmen oder 19,8% der Wählerstimmen in Flensburg. Ein Ergebnis, daß noch nie zuvor in der Stadt erreicht worden war, vornehmlich errungen auf Kosten des dänischen Wählervereins, dem langsam die Arbeiterwähler wegliefen. Mitentscheidend wird hier Johannsens Stellung zum Sozialistengesetz gewesen sein. Auf einer Wählerversammlung der Dänen am 25. Oktober, auf der Johannsen aufgetreten war, hatte ihn der spätere Reichstagskandidat, Mahlke, scharf angegriffen. Mahlke fragte in der sich an das Referat Johannsens anschließenden Diskussion, warum er, *„der sich doch für völlige Gleichheit vor dem Gesetz, ohne Unterschied der Person, Konfession etc. erkläre, die Bitte des Reichstagskollegen Liebknecht, einen Antrag auf Aufhebung des Ausnahmegesetzes zu unterschreiben, nicht erfüllt habe,"* obwohl er doch schon 1881 und auch jetzt erklärt hätte, gegen alle Ausnahmegesetze zu sein. Die Antwort Johannsens konnte die Anwesenden nicht zufriedenstellen. Er meinte, daß durch den Antrag Liebknecht auch das Jesuitengesetz betroffen worden wäre, *„welches er selber aber erhalten wissen wollte. ... so streng kann man auch ein Princip, wie hier das der Gleichheit, nicht befolgen, denn es gibt Ausnahmen."* Johannsen geriet sogar in so große Verlegenheit, daß der Versammlungsvorsitzende eingriff und keine weiteren Diskussionsbeiträge mehr zulassen wollte.[98]

Die Quittung für ihre kompromißlosen, aber auf keiner Rechtsgrundlage stehenden Repressionsmaßnahmen gegen die Sozialdemokratie im Wahlkampf 1884 bekam die Polizeibehörde im Jahre 1886 präsentiert. Die Wahl mußte wiederholt werden, weil, wie die Flensburger Nachrichten bitter bemerkten, ein Teil der sozialdemokratischen Wähler das freie Stimmrecht nicht ausüben konnte.

„Die Mehrheit des Reichstages ließ Gottburgsen fallen, weil sie glaubte, daß die freie Ausübung der Wahl für die Sozialdemokratie gehindert wurde. ... Man kann sehen, mit welcher Sorgfalt namentlich hier alles bei den Reichstagswahlen nach dem Gesetz hergehen muß. Es war zu voreilig, die Versammlung zu verbieten, ehe und bevor dieselbe überhaupt stattfand und Ungehöriges bei derselben vorfiel."

So müsse es „gezwungenermaßen" zu Neuwahlen kommen. Die Sozialdemokratie würde sicherlich noch mehr Stimmen erhalten; *„man muß mit ihr rechnen."*[99]

Wie die Behinderungen im einzelnen ausgesehen haben, können wir nur vermuten: Auschlaggebend waren die im Vorwege verbotenen Volksversammlungen, hinzu gesellten sich eventuell die Nichtaufnahme von Arbeitern in die Wählerlisten, Behinderung bei der Stimmabgabe durch Nichteinhalten des Wahlgeheimnisses und das Verbot der Stimmzettelverteilung. All dies bekannte Mittel dieser Zeit, um die sozialdemokratische Wahlagitation unmöglich zu machen.[100] — Auf der anderen Seite zeigt dieser Fall jedoch auf, wie souverän die Partei es allmählich verstand, sich auch unter „dem Schwert" der Ausnahmegesetze mit rechtsstaatlichen Mitteln gegen ihre Unterdrückung zu wehren. Mit Vehemenz und zielgerichteter Energie

[98] FNZ 251, 26.10.84

[99] FN 66, 19.3.86.

[100] Da hierüber nur wenig Quellenmaterial vorliegt, soll die kleine Aufzählung mögliche und bekannte Repressionsmaßnahmen wiedergeben.

ging es nun erneut in den Wahlkampf. Von außen wurden wieder viele Agitatoren herangeholt, die in verschiedenen Versammlungen auftraten und relativ frei sprechen konnten. Als Kandidat bewarb sich wiederum Stefan Heinzel. Besonders intensiv wandte man sich gegen Gustav Johannsen und den dänischen Wählerverein. Hier konnte man anscheinend „repressionsfrei" vorgehen. Am Vorabend des Wahltages sprengte eine Schar Sozialdemokraten mit Heinrich Mahlke an der Spitze eine dänische Wählerversammlung im „Colosseum". Der Saal war gut gefüllt, „brechend voll" wie man heute sagen würde. Viele Arbeiter waren anwesend. Doch schon nach 5 Minuten sah sich der Versammlungsleiter gezwungen, die Veranstaltung aufzulösen. Die Flensburger „Norddeutsche Zeitung" schrieb (nicht ohne Schadenfreude):

„Herr Gustav Johannsen war nämlich wegen Krankheit nicht erschienen und als sein Parteigenosse Freudenreich, begleitet von den Herren Blaetner und Holdt, angefangen hatte zu reden — ‚er könne nur Grüße von Johannsen bringen, aber dessen Programm sei so bekannt' — wurde von sozialdemokratischer Seite durch den Schneider Mahlke der Antrag auf Bürowahl gestellt; als dies verweigert wurde, erscholl der Ruf nach Bürowahl so stürmisch, daß Herr Freudenreich die Versammlung schließen mußte, ohne für seinen Vorschlag, Herrn Johannsen einen Gruß und Wunsch auf Wohlergehen zu senden, Anklang gefunden zu haben."[101]

Insgesamt erreichte die Sozialdemokratie mit ihrem Kandidaten Heinzel einen wohl nicht erwarteten Erfolg. In der Stadt kam sie mit 1.726 Stimmen dem wiederum siegreichen nationalliberalen Kandidaten Gottburgsen gefährlich nahe, während Gustav Johannsen deutliche Verluste hinnehmen mußte (1.024 Stimmen). Im gesamten Wahlkreis erreichte Heinzel 2.286 Stimmen, wobei im Landkreis Apenrade mit nur 19 Stimmen das traditionelle schlechte Ergebnis eingefahren wurde.

Profitiert hat die Sozialdemokratie von der wirtschaftlichen Krisensituation in der Stadt. Zwischen 1884 und 1887 hatte es noch einmal einen erheblichen Rückschlag gegeben. Im Jahre 1886 mußte die Werft Arbeitskräfte entlassen und arbeitete nur noch mit 630 Arbeitern. Gerade die Werftarbeiter aber galten als treue Wähler der dänischen Kandidaten, wie auch die Einzelergebnisse aus den Bezirken deutlich machen. Die Norddeutsche Zeitung kommentierte:

„Unter kluger Benutzung der durch die allgemeine Lage der Erwerbsverhältnisse wie durch die Strenge des langen Winters hervorgerufenen Schwierigkeiten, mit denen die unteren Klassen zu kämpfen haben, ist es so der mit bewußter Mäßigung auftretenden Sozialdemokratie gelungen, einen ganz frappanten, relativen Erfolg zu erzielen." Dies gebe *„Stoff zu ernsthaftem Nachdenken."*[102]

Auch von den sozialdemokratischen Parteigenossen in Dänemark wurde der Erfolg über Gustav Johannsen ausnahmslos begrüßt. In einem Kommentar im „Social-Demokraten" hieß es hierzu:

„Daß die schleswigschen Arbeiter, die Heinzel ihre Stimme

[101] FNZ 75, 31.3.86
[102] FNZ 76, 31.3.87

gegeben haben, sich nicht mehr nach ihrem früheren Vaterland zurücksehnen, darf keinen wundern. So wie die Lage nämlich zur Zeit in Dänemark ist, wäre es ein merkwürdiger Wunsch, jetzt dänischer Untertan zu werden ... Das Vaterland ist nur dort, wo man es gut hat. Die schleswigschen Arbeiter haben die Lage richtig beurteilt, indem sie sich unserer Bruderpartei in Deutschland anschlossen. Und die Wahl eines Sozialdemokraten wäre ein völlig ausreichender Protest gegen die Ungerechtigkeit, die mit der Annexion Nordschleswigs der dänischen Nation zugefügt worden ist, während sie gleichzeitig ein Protest gegen die Tyrannei war, die täglich durch den internationalen Kapitalismus ausgeübt wird."[103]

Der nationalliberale Kandidat Gottburgsen war noch nicht zu gefährden. Da er sowohl 1886 als auch 1887 der einzige bürgerliche Kandidat war, setzte er sich auch jeweils im 1. Wahlgang deutlich durch. 1887 erhielt die Sozialdemokratie nur jeweils 200 Stimmen mehr in der Stadt und im Landkreis Flensburg. Der Erfolg blieb bescheiden, sicherlich auch verursacht dadurch, daß infolge der Reichstagsauflösung die Wahlkampfzeit recht kurz bemessen und die Agitatoren einfach überfordert waren. So bemerkt Laufenberg:

„Wie sich aus der ganzen Situation erklärt, meldete sich diesmal eine noch größere Anzahl von Wahlkreisen, die von der Hamburger Partei Unterstützung begehrten, ohne zu den von Hamburg aus ständig zu versorgenden Kreisen zu gehören. ... So mußten dann die Genossen bis hoch in den Norden Schleswig-Holsteins hinauf, bis vor Bremen, Hannover und tief hinein nach Mecklenburg."[104]

Zwar galt Flensburg zu dieser Zeit schon als ein (kleines) Zentrum für die sozialdemokratische Agitation im gesamten nordschleswigschen Bereich. Doch mußte man sich von außen her immer wieder helfen lassen. So wurde (schon zum dritten Mal) Stefan Heinzel Kandidat.

Im Zentrum des Wahlkampfes stand die Regierungsparole *„Krieg oder Frieden"*. Dadurch sollte wieder einmal, wie schon 1879, eine Entscheidung herbeigeführt werden, die die Regierungsvorhaben in Zukunft unterstützen würde.

„Die Wahlparole der Regierung: Krieg oder Frieden, besaß sicherlich die denkbar größte Zugkraft und sicherlich eine viel größere Zugkraft als die Parole der liberalen Opposition. ... Und da ein jeder die Erhaltung des Friedens wünscht und die Furcht nicht der Vernunft folgt, brauchten die Erfinder der Wahlparole nichts anderes zu tun, als dem Volke den Glauben einzureden, daß die Kriegsdrohung wirklich bestehe, und die Bewilligung des Militärbudgets auf sieben Jahre die einzige Möglichkeit darstelle, diese Gefahr zu bannen und zu beschwören. Es galt demnach, die Volksmassen in Schrecken zu versetzen und die blinden Leidenschaften aufzurufen. Der gesamte offizielle und offiziöse Presseapparat der Regierung arbeitete in Gemeinschaft mit der Presse der Kartellparteien eifrig und geschickt an der Aufwühlung der Instinkte, um dem Volke die Kriegslüge in Fleisch und Blut zu treiben und dem Kriegsgespenst Leben zu verleihen."[105]

[103] Zit. bei Callesen, a.a.O., S. 22

[104] Laufenberg, Bd. 2, a.a.O., S. 532; Zur Hilfe der Hamburger Parteigenossen insgesamt vgl.: Holger Rüdel, Die Bedeutung der Sozialdemokratie im Hamburger Raum für die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung unter dem Sozialistengesetz. Das Beispiel Schleswig-Holstein, in: Arno Herzig, u.a. (Hg.), Arbeiter in Hamburg. Unterschichten, Arbeiter und Arbeiterbewegung seit dem ausgehenden 18. Jahrhundert, Hamburg 1983, S. 193-202.

[105] Ebd., S. 527

Diesem, die nationalen Gefühle in Wallung bringenden Wahlkampfthema, konnte man von seiten der Sozialdemokraten kaum rationale Argumente entgegensetzen. Im Wahlprogramm erklärte man sehr deutlich, daß es für das deutsche Volk keine Veranlassung geben würde, sich sowohl mit dem Militarismus als auch dem Kapitalismus auszusöhnen. Es drohte keine Kriegsgefahr, *„außer von dem militärischen System und seinen Vertretern. Die Völker wollten und brauchten Frieden, und je größer die Zivilisation des Volkes sei, um so größer sei auch sein Friedensbedürfnis."* Die Partei forderte ein Votum, das dem Reichstag das Budgetrecht im vollen Umfang sichern sollte, so daß sich der Wille des Reichskanzlers nicht durchsetzen würde.

„Jedem Angriff auf die Rechte des Volkes, jedem Versuch, die Lasten des Volkes zu vermehren und die Lebensmittel des Volkes zum Vorteil des Großgrundbesitzes und des Großkapitals zu verteuern, sind wir mit voller Kraft entgegengetreten und haben keine Gelegenheit versäumt, für die Interessen der Arbeiter und die Forderungen der Unbemittelten einzustehen."[106]

Im gesamten Reichsgebiet verloren die Sozialdemokraten 13 Mandate, eine Entwicklung die im bürgerlichen Flensburg freudig registriert wurde. *„In Zukunft werden sich die Arbeiter zweimal überlegen, ob sie diese rücksichtslosen Phrasenhelden, die man verachten müsse, jemals wieder unterstützen sollte."*[107]

Aufgrund der leidvollen Erfahrungen im Jahre 1884, wodurch es zur Wahlwiederholung zwei Jahre später gekommen war, ließ man die Sozialdemokraten diesesmal scheinbar relativ unbeanstandet agitieren. In Harrislee z.B., vor den Toren Flensburgs gelegen, im unmittelbaren Einzugsbereich der Werft, hatte der zuständige Polizeibeamte eine Volksversammlung wiederum im Vorwege verboten, mit der an den Haaren herbeigezogenen Begründung, daß der in Frage kommende Raum nur über einen Ofen verfüge, dieser aber im Winter nicht genügend wärmen würde. Für die Teilnehmer an dieser Versammlung beständen daher gesundheitliche Gefahren. Der entsprechenden Beschwerde Mahlkes, an die königliche Regierung in Schleswig gerichtet, wurde dann auch stattgegeben, verbunden mit der Anweisung an alle Beamten, derartige Wählerversammlungen nicht von vornherein zu verbieten, sondern zu gestatten, zu überwachen und von der Auflösungsmöglichkeit Gebrauch zu machen.[108] So einfach waren die Sozialdemokraten nicht mehr zu unterdrücken. Sie erreichten immer mehr Sympathisanten und verunsicherten dadurch auch die Behörden, die teilweise nicht mehr so recht wußten, wie und ob sie einschreiten sollten. Als in Flensburg im Anschluß an den Hafenarbeiterstreik im Dezember 1889 eine Versammlung stattfand, auf der über einen zu gründenden Rechtsschutzverein zwischen den Fachvereinen der Tischler, Maurer, Schuhmacher, Schneider, Maler, Schiffszimmerer, Müller und Hafenarbeiter diskutiert wurde, wußte der Flensburger Polizeichef Langenheim nicht einmal, ob er hiergegen einschreiten müsse.[109]

Man beschränkte sich wohl nur noch auf die Überwachung von Veranstaltungen. Dies wird z.B. deutlich aus einer Anweisung an die Polizeiverwaltung in Flensburg, die aufgefordert

[106] Nach Laufenberg, Bd. 2, a.a.O., S. 529f.
[107] FN 57, 9.3.87
[108] LAS 309, Nr. 12590, Beschwerdebrief vom 14.2.87.
[109] Ebd., Vorgang vom 28.12.89

wurde, eine öffentliche Metallarbeiterversammlung zu beobachten, auf der ein Referat über den *„1.Mai und der Achtstundentag"* gehalten werden sollte.[110] Das Sozialistengesetz hatte sich im wesentlichen als nutzlos erwiesen, eine weitere Verlängerung wurde vom Reichstag 1890 nicht mehr beschlossen.

Die Wahl von 1890 brachte für die Flensburger Sozialdemokraten den endgültigen, schon lange erhofften Durchbruch. Sie beendete zugleich die Aufbauphase der Partei und stand am Anfang einer Entwicklung, die im Jahre 1903 zu Wahlsieg und Mandat führen sollte.

Mit dem Schneider Heinrich Mahlke war zum ersten Mal ein Flensburger zum Kandidaten gewählt worden. Auf der zu diesem Zweck einberufenen Volksversammlung in der Sängerhalle nahmen über 2.500 Menschen teil,[111] ein beeindruckendes Zeichen sozialdemokratischer Stärke in der Stadt. Für die Nationalliberalen wurde der Apenrader Schiffsreeder Michael Jebsen als Nachfolger Gottburgsens aufgestellt. Er trat als Mann auf, der im wesentlichen die Ansichten seines Vorgängers teilte, die Militärvorlage befürwortete und auf sozialpolitischem Gebiet zur Verbesserung *„des Loses der minder begüterten Bevölkerung"* einzutreten versprach.[112] Jebsen jedoch war im Wahlkreis, besonders im Landkreis Flensburg, nicht unumstritten, so daß hier sogar von amtlicher Seite (der Flensburger Landrat Rasch) und von bäuerlichen Honoratioren für ihn der Wahlkampf betrieben werden mußte.[113]

Von freisinniger Seite, die zum ersten Mal im Wahlkreis antrat (die Kandidatur von Albert Hänel 1887 gilt nur als Zählkandidatur, ohne Aussicht auf Erfolg), wurde der Hamburger Rentier Adloff benannt. Er wollte eintreten für die Beseitigung der Schutzzölle, Verkürzung der Militärzeit, Ausbau der Sozialversicherung und für die Aufhebung jeglicher Ausnahmegesetze.[114] Seine Gegenkandidatur ließ die Zeitungen in der Stadt sofort Schlimmes befürchten. Die Flensburger Nachrichten forderten im Sinne der „nationalen Sache" das Zusammenwirken aller bürgerlichen Wählergruppen. Man dürfe sich auch nicht damit trösten, daß die freisinnigen Wähler bei den Stichwahlen für Jebsen eintreten würden. Was wäre, wenn Dänen und Sozialdemokraten sich verbündeten und gleichzeitig bürgerliche Wähler zu Hause blieben, weil die Gräben im Wahlkampf zu weit aufgerissen werden, fragte die Zeitung.[115]

Das war indes nicht zu befürchten, denn Mahlke richtete seinen Wahlkampf zugleich gegen Freisinn und Dänen aus. Adloff hielt er auf einer freisinnigen Wählerversammlung vor, keine „Ahnung" von der Sozialdemokratie und ihren Ideen zu haben. Insbesondere aber sei er unfähig, die Interessen der Arbeiter wirklich zu erkennen.[116]

Gegen die Dänen hieß es im „Mahnruf" an die Wähler des 2. Wahlkreises:

„Die Dänenpartei, die Euch Herrn Johannsen aus Flensburg vorschlägt, verfolgt durchaus verkehrte Ziele, mag sie es auch noch so gut meinen. Sie scheint keine anderen Ideale zu haben, als wieder unter dänische Regierung zu kommen. Wird denn in Dänemark nicht dieselbe Mißwirtschaft geführt wie bei uns?

[110] Ebd., Anweisung vom 28.3.90
[111] FN 21, 25.1.90
[112] FN 38, 14.2.90
[113] LAS 301, Nr. 807, Briefe des Landrats Rasch vom 20.1. und 2.2.1890
[114] FN 40, 16.2.90
[115] FN 31, 6.2.90
[116] FN 35, 11.2.90

Gewiß doch ... Die Dänenpartei sollte in erster Linie mit dahin wirken, daß die Mißwirtschaft in Deutschland beseitigt wird und Alle als Brüder nebeneinander wohnen und sich ihres Lebens freuen können. Da sie das nicht tut, darf auch ihr Kandidat nicht der Vertreter unseres Wahlkreises werden. Die sozialdemokratische Partei empfiehlt Euch H. Mahlke."[117]

Man war Konkurrent miteinander um die gleichen Wählerschichten. Die Gräben, die dabei aufgerissen wurden, waren so tief, daß es noch nicht einmal zu einem Stichwahlaufruf für Mahlke gekommen war. Gerade der sozialdemokratische Anteil in der Hochburg des dänischen Wahlvereins, dem Landkreis Apenrade (mit 442 Stimmen) beunruhigte die Parteiführung. Zwar hatte die dänische Zeitung „Hejmdal" aus Apenrade einem Teil ihrer Ausgabe kurz vor dem Wahltermin sozialdemokratische Stimmzettel für den 2. Wahlgang beigelegt, doch war zuvor definitiv beschlossen worden, Mahlke nicht zu unterstützen.[118] Dennoch muß er auch von dänischen Wählern, gerade in der Stadt Flensburg, gewählt worden sein.

Mahlke erhielt im 1. Wahlgang 4.994 Stimmen. Zum ersten Mal erhielt er in Flensburg die Mehrheit (2.542 Wählerstimmen), ein deutlicher Vorsprung vor Jebsen (1.565), Adloff (884) und Gustav Johannsen, der es gerade noch auf 590 Stimmen gebracht hatte.

In der Stichwahl allerdings erwies sich Jebsen als der Kandidat, der im bürgerlichen Wählerlager die notwendige Interessenkoalition zwischen Stadt und Land zusammenbrachte. In der Stadt erhielt er nunmehr 2.280 Stimmen, im Landkreis Flensburg, wo er schon im ersten Wahlgang mit 3.090 Stimmen deutlich dominierte, stimmten 4.516 Wähler für ihn. Die freisinnigen Wähler waren fast geschlossen zu ihm übergelaufen. Im Landkreis Apenrade wurde die Wahlenthaltung der Dänen für die Stichwahl fast ausnahmslos befolgt (die Wahlbeteiligung ging von 75,2% auf nur noch 62% zurück). Dennoch konnte Mahlke hier noch einmal 300 Stimmen mehr für sich verbuchen, in der Stadt Flensburg ebenso 300 und im Landkreis Flensburg sogar 500 Stimmen mehr.

Die Einzelergebnisse in den Flensburger Wahlbezirken

Die kurze Analyse soll den oben schon mehrmals beschriebenen Trend von der nationalen hin zu sozialen Auseinandersetzung im Wahlkampfgeschehen zwischen dem dänischen Wählerverein und der Sozialdemokratie an Hand von Ergebnissen aus den zehn Flensburger Wahlbezirken verdeutlichen. Die Wahlbezirke teilten sich in der Stadt folgendermaßen auf: Wahlbezirk 1 lag im Norden der Stadt und umfaßte das Gebiet um die Apenrader Straße herum bis zur Neustadt. Es schloß sich der Bezirk Duburg an. Den 3. Wahlbezirk bildete ungefähr der Straßenzug Norderstraße/Schiffbrücke. Im Einzugsbereich lag das Herzstück der Flensburger Industrie, die Werft, Glashütte, Brauerei, Maschinenfabrik Dittmann und Jensen und viele weitere kleine Industrie- und Handwerksbetriebe.

Die Wahlkreise 5 und 6 umfaßten die Straßenzüge Holm/Große Straße bis hinauf zur westlichen Höhe (soweit sie schon bebaut war). In erster Linie waren hier Kaufleute ansässig, auch

[117] Zit. bei Callesen, a.a.O., S. 22f.
[118] Ebd., Hejmdal brachte diesen Aufruf zu spät.

Handwerksbetriebe und Händler. Es schloß sich der 7. Bezirk an (Schleswiger Straße, Stuhrs Allee, Friesische Straße). Als größere Industriebetriebe sind hier zu nennen die Maschinenfabrik von Anthon und Söhne sowie die 1889 gegründete Export Brauerei. Die Wahlbezirke 8 bis 10 bildeten die Straßenzüge Angelburger Straße/Hafermarkt/Teich- und Waitzstraße (8), Adelbyer-Glücksburger Straße/Hohlwege, ein Teil von St. Johannis (9) und das Johannis-Viertel mit dem Stadtteil St. Jürgen, letzteres ein kleinbürgerlich geprägtes Wohnquartier,

Im St. Johannis-Viertel mit seinen typischen zweigeschossigen, traufständigen Kleinbürgerhäusern um 1890. Im Erdgeschoß befanden sich häufig kleine Handwerksbetriebe oder Hökereien, die hier überwiegend die Bevölkerung der unmittelbaren Umgebung und Nachbarschaft versorgten. Das Obergeschoß bestand dann aus kleinen zwei- bis dreizimmerigen Wohnungen. Die ebenso kleinen Hinterhöfe waren teilweise mit Ställen bebaut, in denen Schweine, Hühner oder andere Kleintiere gehalten wurden.

bevorzugter Wohnort von Fischern aber auch Seeleuten, Kapitänen und deren Familien. Im Zentrum der Wahlbezirke 9 und 10 befanden sich die Eisengießerei und Maschinenfabrik von N. Jebsen, die besonders am Ende der achtziger Jahre gute Beschäftigungsmöglichkeiten bot.

Für die Wahlbezirke mit den großen Industriebetrieben, in denen am ehesten sozialdemokratische Mehrheiten zu erwarten sind, gilt es als sicher, daß die Bewohner sich in unmittelbarer Nähe von ihren Arbeitsstellen eine Wohnung gesucht haben. Die räumlichen Entfernungen waren nicht groß. So war man z.B. von Duburg aus nach einem kurzen Fußmarsch von vielleicht 5 bis 10 Minuten schon auf dem Werftgelände.

Tab. 3: Wahlergebnisse 1886 bis 1890 in Flensburg:

Stimmen für die Sozialdemokraten[119]

	1886	1887	1890(1.Wg.)	1890(2.Wg.)
Bezirk 1	238	274	398	432
2	207	232	288	316
3	177	190	249	300
4	135	158	230	261
5	118	105	131	142
6	103	99	112	130
7	113	142	180	205
8	239	273	394	429
9	238	271	331	363
10	158	173	227	262

Tab. 4: Wahlergebnisse 1886 bis 1890 in Flensburg:

Stimmen für die Dänen

	1886	1887	1890
Bezirk 1	96	74	71
2	91	71	60
3	146	118	76
4	171	137	98
5	100	69	62
6	80	60	46
7	61	51	34
8	78	58	43
9	98	78	47
10	103	81	53

Wie aus beiden Tabellen deutlich wird, gehen die sozialdemokratischen Erfolge zu Lasten der dänischen Kandidaturen. Dies wird besonders deutlich durch einen Vergleich der Stimmanteile für das Jahr 1884 für den Wahlbezirk 3, in dessen Einzugsgebiet die Werft lag. 1884 erreichte hier Gustav Johannsen noch 208 Stimmen, der Sozialdemokrat Heinzel erst 102 Stimmen. Im Wahlbezirk 1 (Neustadt) liegen die Verhältnisse im Vergleich ähnlich. Bei den Dänen ein Rückgang von 202 auf nunmehr 171 in 1886, bei den Sozialdemokraten wurde beide Male fast das gleiche Ergebnis erreicht. Hier setzt der Trend erst 1887 ein.[120]

Der Umschwung im Bezirk 3 im Jahre 1886 hing vermutlich damit zusammen, daß infolge der schlechten Auftragslage der Werft viele Arbeiter arbeitslos wurden, wiewohl überhaupt die Begründung für den Zulauf zur Sozialdemokratie 1886 auf die wirtschaftliche Krisensituation (Depression) zurückzuführen ist. Durch die unten aufgeführten Stimmergebnisse für die nationalliberalen Kandidaten zwischen 1886 und 1890 findet diese These nochmals Bestätigung, denn diese konnten, ebenso wie die sozialdemokratischen Kandidaten ihre Stimmenzahl noch weiter steigern.

[119] Zusammengestellt aufgrund der Angaben in der FNZ 1884 bis 1890, jeweils am Tage nach der Wahl.

[120] Da die Wahlbezirkseinteilung 1884 ein wenig von der späteren differierte, können die Ergebnisse hierfür nicht in diesem tabellarischen Zusammenhang dargestellt werden.

Tab. 5: Wahlergebnisse 1886 bis 1890 in Flensburg:

Stimmen für die Nationalliberalen
(in Klammern 1890 der Anteil des freisinnigen Kandidaten Adloff)

	1886	1887	1890(1.Wg.)	1890(2.Wg.)
Bezirk 1	83	105	86 (55)	114
2	134	142	107 (78)	182
3	62	81	53 (53)	88
4	161	166	125 (82)	192
5	269	274	223 (116)	327
6	324	358	275 (124)	382
7	219	246	176 (129)	286
8	268	295	200 (107)	286
9	150	172	110 (58)	162
10	213	242	210 (82)	261

Die Stimmergebnisse für die nationalliberalen Kandidaten verdeutlichen insbesondere die Stärke der Sozialdemokratie in den Wahlbezirken 1 bis 3, sowie 8 und 9.

Tab. 6: Prozentualer Anteil der Sozialdemokratie in den Wahlbezirken 1886 bis 1890

	1886	1887	1890(1.Wg.)	1890(2.Wg.)
Bezirk 1	57,0	60,4	62,5	80,4
2	47,9	52,1	54,0	63,5
3	46,0	48,8	57,7	77,3
4	28,9	34,2	48,7	57,6
5	24,2	23,4	24,3	30,2
6	20,3	19,1	20,1	25,4
7	28,7	32,3	34,6	41,7
8	40,8	43,6	53,0	60,0
9	49,0	52,0	60,6	69,1
10	33,3	34,8	39,6	50,0

Erkennbar ist deutlich der kontinuierliche Aufstieg, der mit Ausnahme der Wahlbezirke 5 bis 7 durchaus sprunghaft verläuft. In den Bezirken 5 und 6 (Stadtmitte bis hinauf zur westlichen Höhe) bleibt ihr Anteil relativ gering. Hier liegen die Hochburgen der nationalliberalen Kandidaten (1886: 55%; 1890: 41% bzw. 69,8% im Wahlbezirk 5, und im Wahlbezirk 6 waren es 1886: 63,9%; 1890: 49,3% bzw. 74,6%). Zugleich wird deutlich, daß der Anteil infolge der freisinnigen Kandidatur 1890 im ersten Wahlgang erheblich zurückgegangen war.

Auch im Wahlbezirk 10 blieb der sozialdemokratische Stimmenanteil im Verhältnis gering, bis 1890 unter 40%, in der Stichwahl genau 50%. Die Nationalliberalen blieben hier nach wie vor stark, daran konnte auch die freisinnige Gegenkandida-

tur 1890 nichts ändern. Dieses Ergebnis entspricht dem kleinbürgerlichen Charakter dieses Wohngebietes mit Fischern, Seeleuten und Kleingewerbetreibenden.

Dieses Resümee kann auch für die Wahlbezirke 7 und 2 gezogen werden. Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist, daß im Wahlbezirk 2 (Duburg) der Arbeiterbauverein zwischen 1879 und 1885 hier 19 Häuser erstellt hatte. Aber nicht nur deshalb blieben die Nationalliberalen bzw. die beiden bürgerlichen Kandidaten zusammen in den Jahren 1886 bzw. 1890 bei 31% bzw. 34%. Nur die Wahlbezirke 1 und 3 sowie 8 und 9 hatten sich zu typischen sozialdemokratischen Hochburgen entwikkelt. Die anderen Wohnviertel blieben von der Sozialstruktur her Mischviertel. Die Stichwahlergebnisse für 1890 zeigen, daß die sozialdemokratischen Zugewinne in diesen Bezirken geringer ausfielen, daß aber sowohl in den nördlichen Bezirken als auch in Bezirk 8 und 9 noch einmal kräftig zugelegt werden konnte.

Ein Teil der dänischen Wähler hat sich hier für Mahlke entschieden. Dies wird besonders deutlich im 3. Wahlbezirk, wo nahezu Deckungsgleichheit zwischen dem dänischen Stimmenanteil des ersten Wahlgangs und der Zunahme der Sozialdemokratie in der Stichwahl herrscht. In den Wahlbezirken 5 und 6 blieb der Zuwachs für Mahlke wohl auch deshalb gering, weil die bürgerlichen dänischen Wähler, vom gegen Gustav Johannsen gerichteten Wahlkampf abgestoßen, Stimmenthaltung geübt haben.

Die Ergebnisse zeigen aber ganz deutlich auf, daß die Sozialdemokratie in der Stadt Flensburg nun fest etabliert und eine Größe war, mit der man rechnen mußte. Die Partei war gewachsen auf Kosten der Dänen. Die nationale Auseinandersetzung, die die Wahlkämpfe bis 1881 noch beherrschte, hatte sich verwandelt in eine soziale.

Tab. 7: Die Wahlergebnisse im Reichstagswahlkreis 2 1872-1890

Wahldatum	Frei-kons.	National-liberale	Links-liberale	Sozialde-mokraten	Dänen	(Wahlberecht.) abgeg.Stimmen insges.
27. 5.1872 a)		1036		492	1066	
b)	—	4059	-	372	1041	
c)		869		130	2149	
		6000		995	4434	11495
10. 1.1874 a)		970	346	524	1248	
b)	—	3149	1443	626	1199	
c)		1048	24	66	2817	
		5167	1813	1216	5264	13620
24. 1.1874 a)		1193			2	
b)	—	5025	—		84	
c)		1031			7	
		7249			93	7342

a = Stadt Flensburg
b = Kreis Flensburg
c = Stadt Apenrade

10. 1.1877 a)	150	1444		585	1233	
b)	2064	3110	–	307	829	
c)	124	977		62	2469	
	2338+	5531		954	4531	13371
24. 1.1877 a)		1337			1	
b)		4346	–		51	
c)		1011			4	
		6694			56	6750
30. 7.1878 a)	1612	230			1494	
b)	4400	57	–		739	
c)	1062	46			2170	
	7072+	333			4403	11863
21.11.1879 a)	435	942	389	235		
b)	2056	1576	51	16		
c)	523	193	161	3		
	3014	2711	601	254		6625
9.12.1879 a)	461	1533				
b)	2651	1995	–			
c)	561	380				
	3673	*3908*				7595
27.10.1881 a)	472	1130		333	1328	
b)	2113	2271	–	19	604	
c)	661	286		1	1829	
	3243	3687		353	3761	11093
11.11.1881 a)		1433			2429	
b)		3248	–		1771	
c)		895			2210	
		5576			*6410*	11986
28.10.1884 a)		1631		806	1628	
b)		3903	–	108	1067	(20324)
c)		1083		6	2131	
		6617		920	4826	12399 (61,0 %)
29. 3.1886 a)		1883		1726	1024	
b)		4268	–	541	1636	
c)		1170		19	2166	
		7321		2286	4141	13785 (67,7 %)
21. 2.1887 a)		2081	–	1917	797	
b)		5223		751	802	(21685)
c)		1403		43	2251	
		8707	126	2711	3850	15445 (71,2 %)
20. 2.1890 a)		1565	884	2542	590	
b)		3099	2045	1117	541	(21748)
c)		1511	70	231	2110	
		6175	2999	3890	3241	16365 (75,2 %)
28. 2.1890 a)		2280		2840		
b)		4516		1618		
c)		1643		536		
		8439		4994		13486 (62,0 %)

Quelle: Der Landkreis Flensburg. Ein preußischer Landkreis in Schleswig-Holstein, Teil 1, Flensburg 1981.